

# Mythen um den Volksempfänger

## Revisionistische Untersuchungen zur nationalsozialistischen Rundfunkpolitik\*

VON WOLFGANG KÖNIG

### Überblick

Der Volksempfänger war das wichtigste in einer Familie von ‚Volksprodukten‘, mit denen die Nationalsozialisten ihre spezifische Version einer Konsumgesellschaft umsetzen wollten. Als einziges wurde er realisiert und in beträchtlichen Stückzahlen produziert. In der unzureichenden Forschung über den Volksempfänger halten sich hartnäckig eine Reihe von – teilweise bereits im Nationalsozialismus in die Welt gesetzten – problematischen Behauptungen und Wertungen. So verbreitete sich in der Nachkriegszeit die Vorstellung, der Volksempfänger sei von vornherein so konstruiert worden, dass man mit ihm keine ausländischen Sender hätte empfangen können. Dies ist nicht nur faktisch falsch; die Nationalsozialisten interpretierten den Fernempfang sogar als Ausweis der Qualität des von ihnen geschaffenen Geräts.

Die nationalsozialistische Propaganda stilisierte den Volksempfänger als überragenden Erfolg ihrer Rundfunkpolitik, eine Bewertung, die von der historischen Forschung in großem Umfang übernommen wurde. Tatsächlich erhöhte sich der Anteil der Radiohaushalte in Deutschland von etwa 25% (1933) auf 65% (1941), wobei der Volksempfänger einen Anteil von etwa 40% an dieser Entwicklung besaß. Wertet man diese Zahlen allerdings im Rahmen eines internationalen Vergleichs, so waren sie so außergewöhnlich nicht. Jedenfalls verfehlte die nationalsozialistische Politik ihr Ziel einer totalen Rundfunkerfassung des deutschen Volkes trotz aufwändiger Werbekampagnen. Im Großen und Ganzen blieb der Rundfunk eine Sache des Mittelstands. Der Grund hierfür lag nicht in den Gerätekosten, welche die Nationalsozialisten mit dem Volksempfänger gesenkt hatten, sondern in den Betriebskosten, an denen die Rundfunkgebühren den größten Anteil besaßen. Eine Absenkung unterblieb, weil sich Goebbels’ Propagandaministerium weitgehend durch sie finanzierte.

---

\* Der Beitrag präsentiert ein Teilergebnis eines von der Fritz Thyssen Stiftung geförderten Forschungsprojekts. In ausführlicher Form werden die Ergebnisse als Buch publiziert: Wolfgang König, Volkswagen, Volksempfänger, Volksgemeinschaft. „Volksprodukte“ im Dritten Reich. Vom Scheitern einer nationalsozialistischen Konsumgesellschaft.

Teils als Reaktion auf den relativen Misserfolg des Volksempfängers, teils aufgrund der ideologischen Höhererschätzung des Gemeinschaftsempfangs gegenüber dem Individualempfang planten die Nationalsozialisten seit Mitte der 1930er Jahre ein aus drei Elementen bestehendes System des Gemeinschaftsempfangs: aus dem Betriebsrundfunk, den Reichs-Lautsprechersäulen in den Städten sowie dem Gemeinderundfunk in den kleineren Gemeinden. Bis zum Krieg wurden jedoch hiervon nur kleine Teile realisiert. Der Gemeinschaftsempfang politischer Botschaften und der Individualempfang von Unterhaltungsprogrammen z.B. am Volksempfänger sollten sich ergänzen und die angestrebte totale Rundfunckerfassung des deutschen Volkes erreichen.

### Abstract

The ‚people’s receiver‘ ( ‚Volksempfänger‘) was the most important within a group of ‚people’s products‘ by which the Nazis tried to realize a particular version of the consumer society. Among them, only the ‚Volksempfänger‘ was built in huge quantities. Until today, historical research has interpreted the Nazi radio receiver in an inadequate way. Several historians are holding that it was not possible to receive programs from foreign countries. That is false, and even more, the Nazis boasted of the ‚Volksempfänger’s‘ receiving capabilities as a proof of its quality.

NS propaganda emphasized the ‚Volksempfänger‘ as an outstanding success of their radio politics, a statement which was accepted by historians. Indeed, the portion of radio households in Germany augmented between 1933 and 1941 from about 25 to 65 percent. The ‚Volksempfänger‘ contributed with 40 percent to that growth. However, taking into account the international development, this is not extraordinary. In any case, large-scale advertisement campaigns notwithstanding, the Nazi did not meet their goal, which was the total radio distribution. All in all, radio continued to be a middle class medium. That was due not to the purchase cost which was lowered by the ‚Volksempfänger‘, but to the running cost among which the subscriptions had the greatest portion. They were not reduced because the subscriptions financed Goebbels’ ministry of propaganda.

Since the mid 30’s, the Nazis planned a new system of communal radio reception. Partially, this was a reaction on the ‚Volksempfänger’s‘ failing, partially, this was because the Nazis held communal reception in higher esteem than individual. The system should consist of three elements, radio receivers in the companies ( ‚Betriebsrundfunk‘), public loudspeakers in the cities ( ‚Reichs-Lautsprechersäulen‘), and public radio in the towns and villages, materialized by mobile loudspeakers on lorries ( ‚Gemeinderundfunk‘). Communal reception was dedicated for political messages and propaganda, individual reception at home primarily for entertainment. Together, the two complementary systems should realize the total radio distribution among the German people. At the outbreak of war, Nazi politics was far away from reaching this goal.

## Der Volksempfänger im Kontext der nationalsozialistischen Volksprodukte

„Volks“-Produkte und ähnliche Bezeichnungen waren in Deutschland lange vor der nationalsozialistischen Zeit präsent. Darin spiegelten sich Konsumwünsche und Konsumhoffnungen der Bevölkerung. Herausgebildet hatten sie sich in einem langen historischen Prozess.<sup>1</sup> Vor allem der Blick sozial nach oben, in die begüterten Schichten, sowie der nach draußen, nach Großbritannien und den USA führte mögliche Konsumwelten vor Augen. Die Wirtschaft, die solche Volksprodukte bewarb, sah vor allem einen großen Massenmarkt und die daraus zu ziehenden Gewinne. Die nationalsozialistische Machtergreifung wertete den Begriff zusätzlich ideologisch auf. Die Jahre 1933 und 1934 waren die Zeit eines inflationären Gebrauchs der Bezeichnung „Volksprodukte“, ehe sie die nationalsozialistische Politik für sich reservierte.

Der seit März 1933 vorbereitete Volksempfänger intendierte zunächst eine Verstärkung der nationalsozialistischen Propaganda. Aber noch im gleichen Jahr erfuhr er eine Uminterpretation vom Propaganda- zum Unterhaltungsinstrument. Die in den folgenden Jahren entstehende Familie nationalsozialistischer Volksprodukte<sup>2</sup> stand ganz im Zeichen des Konsums: neben dem Volksempfänger die anderen „politischen Gemeinschaftsgeräte“ des Rundfunks, der Volkskühlschrank,<sup>3</sup> die zwischen 1935 und 1940 programmatisch ausgebauten Volkswohnungen,<sup>4</sup> der Volkswagen<sup>5</sup> und die KdF-Reisen,<sup>6</sup> die mit dem Bau des Seebads Prora auf Rügen eine massentouristische Erweiterung erfahren sollten.

„Volksprodukte“ – das waren für die Nationalsozialisten Güter und Dienstleistungen des gehobenen Konsums für alle Bevölkerungsschichten. Die Volksprodukte sollten politischen Zielen dienen und in staatsnahen Unternehmen oder gemeinschaftlich von der Industrie hergestellt werden. Für die zum Erwerb notwendige Kaufkraft fielen Lohnerhöhungen aus, weil sie die politisch

- 1 Wolfgang König, *Geschichte der Konsumgesellschaft* (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Beiheft 154), Stuttgart 2000.
- 2 Die im Folgenden gemachten zusammenfassenden Bemerkungen über weitere nationalsozialistische Volksprodukte werden in meinem demnächst erscheinenden Buch ausführlich begründet.
- 3 Vgl. Ullrich Hellmann, *Künstliche Kälte. Die Geschichte der Kühlung im Haushalt* (Werkbund-Archiv 21), Gießen 1990; Martina Heßler, „Elektrische Helfer“ für Hausfrau, Volk und Vaterland. Ein technisches Konsumgut während des Nationalsozialismus, in: *Technikgeschichte* 68, 2001, S. 203-29.
- 4 Vgl. Tilman Harlander, *Zwischen Heimstätte und Wohnmaschine. Wohnungsbau und Wohnungspolitik in der Zeit des Nationalsozialismus* (Stadt – Planung – Geschichte 18), Basel u.a. 1995.
- 5 Vgl. Hans Mommsen u. Manfred Grieger, *Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich*, Düsseldorf 1996.
- 6 Vgl. Hasso Spode, Ein Seebad für zwanzigtausend Volksgenossen. Zur Grammatik und Geschichte des fordistischen Urlaubs, in: Peter J. Brenner (Hg.), *Reisekultur in Deutschland: Von der Weimarer Republik zum „Dritten Reich“*, Tübingen 1997, S. 7-47.

priorisierte Aufrüstung erschwert hätten. Stattdessen sollten niedrige Preise die Volksprodukte zugänglich machen. Die Umsetzung des Programms fiel der Wirtschaft zu. Sie sollte rationell produzieren und auf einen Teil ihrer Gewinne verzichten. Aus den rigiden nationalsozialistischen Vorgaben resultierten Konflikte zwischen Politik und Wirtschaft, weil die Unternehmer ihre obersten Unternehmensziele, Existenzsicherung und Gewinnerzielung, gefährdet sahen. Als sich die Wirtschaft einigen Vorgaben verweigerte, erhöhten staatliche und Parteistellen ihr Engagement. Insbesondere schuf sich die Deutsche Arbeitsfront, mit den KdF-Reisen, dem Wohnungsbau, dem Volkswagen und dem Volkskühlschrank, eine starke Position in der nationalsozialistischen Konsumpolitik. Der zweite wichtige Protagonist der Volksprodukte war das Propagandaministerium – vor allem im Bereich des Rundfunks sowie als Wächter der ideologischen Reinheit des Konzepts.

Die größte Bedeutung unter den nationalsozialistischen Volksprodukten kam dem Volksempfänger zu, der als einziges realisiert wurde. Er avancierte zum ersten eigens durch die Nationalsozialisten geschaffenen Konsumgut. Sein zeitlicher Vorrang und sein relativer Verbreitungserfolg machten ihn zum Beispiel und Vorbild für alle späteren Volksprodukte. Keine Anregung für weitere, die sich nicht auf den Volksempfänger berief. Selbst Hitler kam bei seiner Platzierung der Volkswagen-Idee nicht umhin, auf den beispielgebenden Volksempfänger zu verweisen. Die nationalsozialistischen Rundfunkleute brüsteten sich das eine und andere Mal ihrer Rolle als Wegbereiter des Volkswagens.<sup>7</sup> Der Volksempfänger verkündete und verkörperte den Einstieg in eine spezifisch nationalsozialistische Konsumgesellschaft.

Die nationalsozialistische Politik und Publizistik wertete den Volksempfänger und seine Verbreitung propagandistisch exzessiv aus. Sie wurde nicht müde zu betonen, dass der Volksempfänger allen deutschen Familien den Rundfunk zugänglich mache. In 1935 gehaltenen Reden verkündete Reichssendeleiter Eugen Hadamovsky (1904-1944), dass der Volksempfänger dem Rundfunk „den Weg in die breiten Kreise unserer Arbeiterschaft und unserer Bauern geebnet“ habe, dass er „für die Ärmsten unseres Volkes“ bestimmt sei.<sup>8</sup> Goebbels meinte 1938, Deutschland sei auf dem Weg, „das stärkste Rundfunkland der Welt“ zu werden.<sup>9</sup> Die rundfunkpolitischen Paladine, die Presse und die Rundfunkwirtschaft nahmen die Parolen auf und verbreiteten

- 7 Heinz v. Fehrentheil, Propaganda für den Rundfunk ist Arbeit für Adolf Hitler, in: Funk und Bewegung 5, 1935, H. 12, S. 5-7, hier S. 6; N.S.-Funk v. 18.3.1934, S. 5; Reichsfachverband der deutschen Rundfunkindustrie e.V.: Mitteilungen 5 v. 26.7.1934, S. 3; Nationalsozialistische Rundfunk-Korrespondenz 1, 1937, S. 10; Der Rundfunk 1, 1937/38, S. 421.
- 8 Bundesarchiv, Berlin (BArch) R 78/751, Rede v. 15.5.1935, S. 1; Rede v. 19.8.1935, S. 1; vgl. Radio, Sonderheft zur Funkausstellung 1933, S. 396 f.; Funktechnischer Vorwärts 8, 1938, S. 162; Elektrizität in Haus und Hof 9, 1934, H. 5, S. 5.
- 9 Nationalsozialistische Rundfunk-Korrespondenz v. 10.8.1938, Bl. 5.

sie.<sup>10</sup> Unter anderem wurde eine weltweite Vorbildfunktion des Volksempfängers behauptet. In zahlreichen anderen Ländern, genannt wurden unter anderem Großbritannien, Indien, Frankreich, Schweiz, Italien, Norwegen, Polen und Ungarn, habe man, dem Beispiel des nationalsozialistischen Deutschland folgend, Volksempfänger auf den Markt gebracht.<sup>11</sup> Das Strickmuster dieser zahllosen Propagandameldungen war einfach: Alle Empfänger, die zu niedrigem Preis angeboten und in großen Stückzahlen produziert wurden oder bei denen der Staat in irgendeiner Weise die Hand im Spiel hatte, wurden zu „Volksempfängern“ geadelt.

Die Forschungsliteratur hat die nationalsozialistische Bewertung des Volksempfängers teilweise bestätigt. So zog noch jüngst Inge Marßolek auf der Grundlage einer aufwändigen und luziden Studie<sup>12</sup> das Fazit: „Das gesamte Konzept war äußerst erfolgreich.“<sup>13</sup> Im Folgenden sollen die Rundfunkpolitik und die Radioverbreitung im Nationalsozialismus einer differenzierten Analyse unterzogen werden.

### **Die Ziele der nationalsozialistischen Rundfunkpolitik und die Schaffung des Volksempfängers**

Zunächst betonte die nationalsozialistische Politik die propagandistische Funktion des Rundfunks als – in der Diktion von Goebbels – „allerwichtigste(s) Massenbeeinflussungsinstrument“. Nach dem eher enttäuschenden Ergebnis der Wahlen vom 5.3.1933 beschrieb sie Goebbels in einer Rede vor

- 
- 10 Der Elektro-Markt 1933, Nr. 46, S. 28; N.S.-Funk v. 10.12.1933, S. 3; Phonographische und Radio Zeitschrift 34, 1933, S. 628; Völkischer Beobachter v. 19.7.1933, 2. Beiblatt; Der Angriff 7, 1933, 18.8., 3. Beilage; Der Rundfunk-Grosshändler 2, 1933, 15.11., S. 302; BArch R 78/840, s. u. Werber; Archiv für Funkrecht 9, 1936, S. 105; Nationalsozialistische Rundfunk-Korrespondenz v. 27.10.1937, S. 1; 15.12.1937, S. 8 f.; 14.12.1938, S. 2; 28.6.1939, S. 5; N.S.-Funk 6, 1938, 10.4., S. 9.
  - 11 Heinz Pohle, Der Rundfunk als Instrument der Politik. Zur Geschichte des deutschen Rundfunks von 1923/38 (Wissenschaftliche Schriftenreihe für Rundfunk und Fernsehen 1), Hamburg 1955, S. 253; Mitteilungen der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft 370 v. 20.7.1933, Bl. 1; 376 v. 24.8.1933, Bl. 6 f.; 430 v. 1.9.1934, Bl. 6; 433 v. 22.9.1933, Bl. 5; Phonographische und Radio Zeitschrift 35, 1934, S. 493; Der Qualitätsmarkt der elektro-akustischen Industrie 16, 1934, S. 106; Rundfunk-Grosshändler 3, 1934/35, S. 108; Der Radio-Markt v. 16.3.1935, S. 30; 12.10.1935, S. 6; 19.12.1936, S. 4; Horst Dreßler-Andréß, Die Reichsrundfunkammer. Ziele, Leistungen und Organisation (Schriften der Deutschen Hochschule für Politik II, 6), Berlin 1935, S. 36; Der Rundfunk 1, 1937/38, S. 421; Nationalsozialistische Rundfunk-Korrespondenz v. 29.11.1939, S. 12; 1.4.1941, S. 3; Reichsrundfunk 1941/42, S. 46; W. F. Ewald, Entwicklung und Stand der Rundfunk-Empfängerindustrie der Welt. Elektrotechnische Zeitschrift 64, 1943, S. 243-47 u. 271-75, S. 273 f.
  - 12 Inge Marßolek u. Adelheid v. Saldern (Hg.), Zuhören und Gehörtwerden I. Radio im Nationalsozialismus. Zwischen Lenkung und Ablenkung, Tübingen 1998.
  - 13 Inge Marßolek, Radio in Deutschland 1923-1960. Zur Sozialgeschichte eines Mediums, in: Geschichte und Gesellschaft 27, 2001, S. 207-39, hier S. 217.

den Intendanten:<sup>14</sup> „Der Rundfunk muß der Regierung die fehlenden 48 Prozent zusammentrommeln, und haben wir sie dann, muß der Rundfunk die 100 Prozent halten, muß sie verteidigen, muß sie so innerlich durchtränken mit den geistigen Inhalten unserer Zeit, daß niemand mehr ausbrechen kann.“ Die Programme des Deutschlandsenders und der regionalen Reichssender richteten sich denn auch an die „Masse“, an die Gesamtheit der Bevölkerung.<sup>15</sup> Es gab zwar Zielgruppenprogramme für Frauen, die Jugend oder das Landvolk, doch spielten sie nur eine untergeordnete Rolle. Einen elitären Bildungsrundfunk wie in der Weimarer Republik lehnten die Nationalsozialisten explizit ab. Er wäre ihren propagandistischen Absichten und ihrer antiintellektualistischen Volkstümelei nicht gerecht geworden.

Allerdings wussten die Nationalsozialisten oder sie gewannen mit der Zeit die Überzeugung, dass allzu offensichtliche und massive politische Propaganda sich abnutzte oder gar den angestrebten Zweck verfehlte. Deswegen wurde nach einer Phase der politischen Indoktrinierung mehr die Unterhaltungsfunktion des Rundfunks betont.<sup>16</sup> Dies geschah zunächst vor allem mit instrumentalistischen Begründungen. Unterhaltungssendungen sollten die Gerätebesitzer zu regelmäßigen Hörern und für politische Botschaften empfänglich machen. Je unterhaltender die deutschen Sender seien, desto weniger suchten die Hörer ausländische auf. Mehr und mehr traten jedoch weiterreichende Überlegungen in den Vordergrund. Mit Rundfunkunterhaltung schaffe man ein zufriedenes Volk und binde es damit direkt an das Regime. Der Trend zur Reduzierung der politischen Reden und Versammlungsübertragungen ist jedoch nicht gleichzusetzen mit einer – im weiteren Sinne verstandenen – Entpolitisierung des Programms. Auch mit Unterhaltungsstoffen ließen sich sublim Elemente der nationalsozialistischen Ideologie transportieren.

Der Versuch einer Analyse des Programms über die Zeitachse muss sich einerseits auf konzeptionelle zeitgenössische Aussagen stützen, ande-

14 Zitiert nach Ansgar Diller, *Rundfunkpolitik im Dritten Reich* (Rundfunk in Deutschland 2), München 1980, S. 144.

15 Zum Rundfunkprogramm im Nationalsozialismus: Pohle (wie Anm. 11), S. 220 ff. u. 273 ff.; Peter Reichel, *Der schöne Schein des Dritten Reiches. Faszination und Gewalt des Faschismus* (Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Buchreihe), Frankfurt a. M. 1993 (zuerst 1991), S. 157-71; Daniela Munkel, *Produktionssphäre*, in: MarBolek/v. Saldern (wie Anm. 12), S. 45-128, hier S. 96 ff. Eine ergiebige Quelle für die nationalsozialistischen Programmintentionen sind die Eröffnungsreden von Goebbels zur Funkausstellung.

16 Monika Pater, *Rundfunkangebote*, in: MarBolek/v. Saldern (wie Anm. 12), S. 129-241. Es ist bezeichnend, dass die Nationalsozialisten auf dem 1936 in Hamburg stattfindenden Weltkongress für Freizeit und Erholung den Rundfunk besonders herausstellten. Bruno Struck, *Freizeitgestaltung des Arbeiters unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Bestrebungen zur Freizeitgestaltung*, Diss. Heidelberg 1937, Düsseldorf 1938, S. 74-76.

rerseits auf wenig differenzierte quantitative Auswertungen.<sup>17</sup> Das Jahr der Machtergreifung 1933 zeichnete sich durch eine extreme Politiklastigkeit des Programms aus. Darunter fiel die Übertragung von allein 50 Reden Hitlers, zahlreicher anderer Würdenträger des Regimes sowie die exzessive Berichterstattung von nationalsozialistischen Festen und Feiern.<sup>18</sup> Danach schwenkte die Politik bewusst um<sup>19</sup> und räumte der Kultur und besonders der Unterhaltung breiteren Raum ein. Dies lässt sich ablesen an der Zunahme der Musiksendungen, die zwischen 1933 und 1939 etwa zwei Drittel des Programms ausmachten, und dem Rückgang der Vorträge, des Zeitfunks und der Nachrichten. Mit der gezielten Kriegsvorbereitung durch den Vierjahresplan setzte seit 1936 langsam eine Gegenbewegung in Gestalt einer Repolitisierung des Programms ein, die sich jeweils mit dem „Anschluss“ Österreichs, der Sudektenkrise und natürlich erst recht im Weltkrieg beschleunigte.

Die propagandistischen Intentionen der nationalsozialistischen Rundfunkpolitik standen und fielen mit der Verbreitung von Radiogeräten. Damit sah es 1933 nicht sehr gut aus. Nur etwa jeder vierte deutsche Haushalt besaß einen Rundfunkapparat und nicht einmal jeder zehnte Arbeiterhaushalt. Eine Schlüsselaufgabe bestand also darin, die Radioverbreitung zu forcieren. Außer dem dabei zunächst ganz im Vordergrund stehenden propagandistischen Motiv schrieben die Nationalsozialisten der Förderung des Geräteabsatzes positive Einflüsse auf den Arbeitsmarkt zu. Als sie in späterer Zeit mehr die Unterhaltungsfunktion des Rundfunks betonten, ging dies mit einer Interpretation des Radioapparates als Konsumgegenstand einher: ohne Rundfunkgerät keine glücklichen Programmkonsumenten.

Die Radiodichte ließ sich am besten mit einem billigen Empfangsgerät erhöhen. Die Nationalsozialisten sahen es als ihre Aufgabe an, die Rundfunkindustrie, die ihrer Meinung nach in dieser Hinsicht versagt hatte, zum Bau eines billigen Empfängers zu drängen oder zu verpflichten. Solche Überlegungen und der dafür benutzte Begriff „Volksempfänger“ waren alles andere als neu. Mindestens seit 1926 tauchte er in den Radiozeitschriften als Begriff der Werbung, als Empfängerbezeichnung oder als Charakterisierung einer Geräteklasse auf, um daraus vor dem Januar 1933 nicht mehr zu verschwinden.<sup>20</sup>

17 Hier wurde insbesondere auf die von Pohle (wie Anm. 11), S. 327 gegebene Tabelle zurückgegriffen.

18 Pohle (wie Anm. 11), S. 290; Reichs-Rundfunk-Gesellschaft, Geschäftsbericht 1933/34, Anhang II, S. 3 f.

19 Dreßler-Andreß (wie Anm. 11), S. 37.

20 Zusammenstellungen bei Pohle (wie Anm. 11), S. 253; Ansgar Diller, Der Volksempfänger. Propaganda- und Wirtschaftsfaktor, in: Mitteilungen des Studienkreises für Rundfunk und Geschichte 9, 1983, S. 140-57, hier S. 140 u. 151; Ralf Ketterer, Radio, Möbel, Volksempfänger. Zur Einführung eines technischen Konsumartikels durch die deutsche Rundfunkindustrie 1923-1939, Diss. Konstanz 1998, S. 242 f.; außerdem Philips Company Archives, Eindhoven (PCA) 811.21 Volksempfänger; DR-Mitteilungen 1, 1932, Nr. 7, S. 2; Elektrotechnische Zeitschrift 54, 1933, S. 25.

Die Idee des Volksempfängers war also zur Zeit der nationalsozialistischen Machtergreifung bereits fest etabliert. Es bedurfte weniger der Kreativität als des politischen Willens und Durchsetzungsvermögens, um sie auf die Tagesordnung zu setzen und zu realisieren. Die genaue Entscheidungsfindung lässt sich aus den sehr spärlich fließenden Quellen nicht mehr rekonstruieren. Eine wichtige Rolle wird dem Reichsverband Deutscher Rundfunkteilnehmer (RDR) zugeschrieben.<sup>21</sup> Dies klingt plausibel, denn vor der Etablierung des Propagandaministeriums und der Übernahme der Reichsrundfunkgesellschaft bildete der Verband das Zentrum der nationalsozialistischen Rundfunkpolitik. Nicht unbedingt damit in Widerspruch steht, dass Reichssendeleiter Eugen Hadamovsky mehrfach öffentlich erklärte, er und Horst Dreßler-Andreß, der Rundfunkreferent im Propagandaministerium, hätten den Volksempfänger geschaffen.<sup>22</sup> Hadamovsky und Dreßler-Andreß gehörten zu den führenden Funktionären im Verband. Ein weiterer Hinweis auf Dreßler-Andreß findet sich in den Lebenserinnerungen des unabhängigen Rundfunkfachmanns Eugen Nesper (1879-1961).<sup>23</sup> Dieser hatte 1932 einen „Volksempfänger“ konstruiert, durch den sich angeblich Dreßler-Andreß nach der Machtergreifung anregen ließ, das Projekt weiterzuerfolgen. Jedenfalls wurde die alte Idee eines Volksempfängers von den nationalsozialistischen Rundfunkaktivisten aufgegriffen. Die ebenfalls in den zeitgenössischen Quellen vorfindliche persönliche Zuschreibung der Initiative an Goebbels dürfte demgegenüber mehr politischen Charakter besessen haben.<sup>24</sup> Die Überlegungen wurden alsbald nach der Gründung des Propagandaministeriums, das heißt in der zweiten Hälfte des März 1933, politisch abgesehen.<sup>25</sup>

Um diese Zeit dürfte schon der Plan festgestanden haben, den Volksempfänger gemeinschaftlich durch die Rundfunkindustrie produzieren zu las-

- 
- 21 Zum RDR: Pohle (wie Anm. 11), S. 162 ff.; Diller (wie Anm. 14), S. 31-36; Rundfunk im Aufbruch. Handbuch des deutschen Rundfunks 1934 mit Funkkalender. Mit einem Geleitwort v. Reichsminister Pg. Dr. Goebbels. Hg. v. Reichsverband Deutscher Rundfunkteilnehmer (RDR) e.V. Berlin. Im Auftrag: Pg. Dr. Heinz Weiß, Lahr/Baden 1934, S. 11-23. Die Zuschreibung findet sich in: Funk und Bewegung 1, 1933, Nr. 12, S. 4; N.S.-Funk v. 17.2.1935, S. 9.
- 22 Eugen Hadamovsky, Hitler erobert die Wirtschaft, München 1935, S. 11 f.; Mitteilungen der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft (RRG) 464 v. 7.5.1935, S. 11.
- 23 Eugen Nesper, Ein Leben für den Funk. Wie der Rundfunk entstand, München 1950, S. 121 f. In den Einzelheiten ist Nespers Darstellung wenig vertrauenswürdig.
- 24 Heinz Vollmann, Entwicklungsbedingungen von Rundfunk und Rundfunkindustrie (Eine rechtlich-wirtschaftlich-soziologische Untersuchung), Diss. München, Borna-Leipzig 1936, S. 154; Mitteilungen der RRG 467 v. 3.6.1935, S. 5; Nationalsozialistische Rundfunk-Korrespondenz v. 2.8.1939, S. 5.
- 25 Der Berliner Philips-Repräsentant berichtete von einem Gespräch bei Rundfunkkommissar Krukenberg am 22.3.1933, in dem dieser erklärt habe: „Auf jeden Fall wird versucht werden, einen ganz billigen Apparat und eine ganz billige Röhre herauszubringen, um einen Ortsempfänger zu schaffen, den jedermann sich kaufen kann.“ PCA 882, Duitsland – Deutsche Philips GmbH, 23.3.1933 – Niclassen an Brümmer.

sen. Alternative Vorschläge kamen nicht zum Zug, wie eine Produktion durch den Staat und eine Verteilung über den Reichsverband Deutscher Rundfunkteilnehmer.<sup>26</sup> Der industrielle Verhandlungspartner war der Verband der Funkindustrie, in dem alle radiobauenden Firmen Mitglied waren.<sup>27</sup> Der Verband eignete sich die Aufgabe erst an, nachdem die Führungsspitze und das Management im Sinne der Nationalsozialisten ausgewechselt waren. Aber auch dann gab es noch erhebliche Differenzen bei der Festlegung der Preise und der Auflagen. Als über sie entschieden war, erhielt der Volksempfänger die Typenbezeichnung VE 301 – als Reminiszenz an die nationalsozialistische Machtergreifung am 30. Januar. Mit großem propagandistischem Aufwand wurde er auf der vom 18. bis zum 27. August 1933 in Berlin stattfindenden Funkausstellung der Öffentlichkeit vorgestellt. Hitler machte ihm beim Ausstellungsrundgang seine Aufwartung.

Mit dem Volksempfänger hofften die Nationalsozialisten, den Rundfunk auch in die ärmeren Einkommenschichten hineinzutragen. Man war sich durchaus darüber im Klaren, dass für einkommensschwache Haushalte selbst die Anschaffung des preiswertesten Empfängers für 76 RM eine erhebliche Investition darstellte. Mit Ratenzahlungen verteilte sich die Belastung mehr über die Zeit. Der Kauf von Radiogeräten in zehn Monatsraten war rechtlich möglich und im Handel verbreitet.<sup>28</sup> Jedoch erschien eine Monatsrate von 7,60 RM für die angepeilte Zielgruppe immer noch als zu hoch. Der Handel fürchtete die Kreditrisiken, welche aufgrund der hohen Stückzahlen und der niedrigen Kaufkraft entstünden. Die Vorstellungen der nationalsozialistischen Rundfunkführung gingen dahin, für den Volksempfänger Ratenverträge mit deutlich längerer Laufzeit zu ermöglichen. Zu klären war, wer die Abwicklung und das Kreditrisiko übernahm. Bei der Vorstellung des Volksempfängers auf der Funkausstellung 1933 waren diese Fragen noch völlig offen. Als sich Industrie und Handel verweigerten,<sup>29</sup> setzte eine öffentliche und nichtöffentliche Suche nach anderen Trägern ein, wobei der schwarze Peter sichtlich hin und her geschoben wurde. Genannt wurden die öffentliche Hand,<sup>30</sup> Banken<sup>31</sup> und die Reichspost<sup>32</sup>, wobei die Raten zusammen mit der Rundfunkgebühr eingezo-

26 Fehrentheil (wie Anm. 7), S. 6.

27 Radio 1933, S. 155 ff.; Vollmann (wie Anm. 24), S. 86 ff.; Heinrich Köster, Der deutsche Markt für Rundfunkgeräte, Diss. Hannover 1939, Dortmund-Mengede 1940, S. 54 ff.; Hans Gut, Die Marktordnung in der deutschen Rundfunkwirtschaft bis zum Jahre 1945. Ein Beitrag zur Rechtsgeschichte der deutschen Wirtschaft, Diss. Freiburg 1946.

28 Der Radiohändler 10, 1933, S. 1042.

29 PCA 811.2 + 814.2 Gegevens Radio (Duitsland), Nachrichtendienst der Gemeinnützigen Berliner Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrs-Ges. v. 17.8.1933, Bl. 4, Stellungnahme Moyzischewitz.

30 Ebd.

31 Funk und Bewegung, Sondernummer zur Funkausstellung v. 1.8.1933, 2. Beilage, S. 3.

32 Walter Reglien, 100000 ..., in: Der Qualitätsmarkt der elektro-akustischen Industrie 15, 1933, S. 197 f., S. 197; O. K., Die Zukunft des Volksempfängers, in: Der Tat-Kreis, 1933, Nr. 81, S. 1-3.

gen werden sollten. Schließlich gab es Überlegungen, in Deutschland eingefrorene ausländische Sperrguthaben für die Finanzierung des Volksempfänger-geschäfts zu mobilisieren.<sup>33</sup>

Das Problem des Ratenkaufs wurde schließlich mit Hilfe der Elektrizitäts-versorgungsunternehmen (EVUs) gelöst.<sup>34</sup> Damit knüpfte man an eine länger zurückreichende Tradition an. Zur Ankurbelung des Stromkonsums för-derten die EVUs mit einer Reihe von Maßnahmen die Anschaffung elektri-scher Haushaltsgeräte. Dabei waren allerdings Radiogeräte wegen des nied-rigen Bedarfs an elektrischer Arbeit weniger interessant als Stromverbrau-cher wie Elektroherde und Warmwasserbereiter.<sup>35</sup> Zunächst übernahmen einzelne EVUs recht zögerlich die neue Aufgabe.<sup>36</sup> Das Kreditrisiko suchten sie zumindest teilweise auf den Handel abzuwälzen. Richtigen Schwung er-hielt das Ratenzahlungsgeschäft erst im Frühjahr 1934. Die Beteiligten ver-einbarten, das Risiko durch eine Versicherung abzudecken, welche in die Raten eingerechnet wurde. Die Versicherung umfasste nicht nur das Kredit-risiko, sondern auch Schäden und den Verlust des Volksempfängers durch Diebstahl, Feuer, Wasser usw. Als Folge beteiligten sich mehr EVUs an dem Geschäft, doch war dies auch 1936 noch nicht abgeschlossen.<sup>37</sup> Die Finan-zierungsbestimmungen galten allgemein, auch für Unternehmen, welche die Anschaffung von Volksempfängern durch Betriebsangehörige unterstützten.<sup>38</sup> Die EVUs zogen die Raten üblicherweise zusammen mit der Stromrechnung ein.<sup>39</sup> Für den Wechselstrom-Volksempfänger zu 76 RM war eine Anzahlung von 7,25 RM fällig. Zusammen mit 18 Monatsraten zu 4,40 RM addierte sich dies zu Gesamtkosten von 86,45 RM, an die 14% über dem Barzah-lungspreis.<sup>40</sup> Später wurde das System auf den 1938 herausgebrachten Deut-schen Kleinempfänger (DKE 1938) übertragen. Für den 35 RM kostenden

- 33 Ernst Kühl, Der Wirufavertrag und seine Durchführung. Eine kritische Betrachtung – Rabattfragen – Vertrauen zur Führung, in: Phonographische und Radio Zeitschrift 34, 1933, S. 549 f., hier S. 550; Hadamovsky (wie Anm. 22), S. 28 f.
- 34 Vgl. hierzu Pohle (wie Anm. 11), S. 252-58; Diller (wie Anm. 20); Chup Friemert, Radio-welten. Objektgeschichte und Hörformen, in: Wolfgang Ruppert (Hg.), Chiffren des All-tags. Erkundungen zur Geschichte der industriellen Massenkultur, Marburg 1993, S. 61-104, hier S. 91 ff.; Uta C. Schmidt, Radioaneignung, in: Marbolek/v. Saldern (wie Anm. 12), S. 243-360, hier S. 283-304.
- 35 Immerhin vertrieben 1935 150 EVUs auch Radioapparate. Otto Suhr, Die Marktprobleme der Rundfunkwirtschaft, in: Der deutsche Volkswirt 10, 1935, S. 104-07, hier S. 105.
- 36 Als besonders instruktive Quelle: Phonographische und Radio Zeitschrift 35, 1934, S. 273 f.; vgl. Willy Toussaint, Rundfunkhandel und Elektrizitätswerke, in: Radiohändler 13, 1936, S. 525 f.
- 37 Alfons Höckel, Die deutsche Rundfunkwirtschaft. Leipzig 1938, S. 80.
- 38 Vgl. Phonographische und Radio Zeitschrift 35, 1934, S. 230 f.
- 39 Abdruck eines entsprechenden Vertrags bei Dieter Holtschmidt, Volksempfänger. Ge-schichte und Technik der Gemeinschaftsgeräte, Hagen 1981, S. 17.
- 40 Uta C. Schmidt (wie Anm. 34), S. 302 nennt dies leichtfertig, ohne Vergleich mit ähnli-chen Geschäften, eine „fürstliche“ Entschädigung. Wenn man die Vorgeschichte dieser Regelung kennt, ist ein solches Urteil mehr als fraglich.

„kleinen Volksempfänger“ beliefen sich die Belastungen auf 5 RM Anzahlung und 15 Monatsraten à 2,30, insgesamt 39,50 RM, ein Finanzierungsaufschlag von 13%.

Was leistete der Volksempfänger für seinen Preis? Von vornherein stand fest, dass innerhalb der vom Propagandaministerium vorgegebenen Preisgrenzen nur die Technik des Geradeausempfängers in Frage kam. Ein Geradeausempfänger arbeitete ausschließlich mit den empfangenen Frequenzen. Jeder andere mit zusätzlichen Sperrkreisen oder Hilfsfrequenzen ausgestattete Typ wäre deutlich teurer geworden. Da das Gerät auf den Empfang mehrerer, auch weit entfernter Sender eingestellt war, mussten bei dieser Bauart Probleme hinsichtlich der Trennschärfe und der Rückkoppelung auftreten. Der Volksempfänger besaß drei Knöpfe für die Sendereinstellung, die Lautstärke und die Rückkopplung. Um einen befriedigenden Empfang zu erzielen, waren Einstell- und Rückkopplungsknopf mit zwei Händen und mit Gefühl und Erfahrung gleichzeitig zu bedienen. So konstatierte der Technikredakteur der größten nationalsozialistischen Funkzeitschrift: „Bedienen wir beide Knöpfe einzeln, werden wir nie ein gutes Resultat erzielen.“<sup>41</sup>

Es gehört zu den nur schwer auszurottenden Mythen der Historiographie über den Nationalsozialismus, dass der Volksempfänger bewusst so konstruiert bzw. ausgewählt worden sei, dass ausländische Sender nicht empfangen werden konnten.<sup>42</sup> Tatsächlich gibt es für diese Behauptung keinerlei Belege. Technisch wäre eine Unterbindung des Auslandsempfangs nur durch weitgehende und von Sendegebiet zu Sendegebiet variable Frequenzsperrern zu realisieren gewesen. Der Volksempfänger deckte jedoch den gesamten

41 N.S.-Funk 6, 1938, Nr. 1 v. 2.1., S. 46.

42 Die Legende wurde schon während der NS-Herrschaft verbreitet (so Arbeiter Zeitung (Basel) v. 4.2.1937) und nach dem Krieg reaktiviert (vgl. Lu Seegers, Hör zu! Eduard Rhein und die Rundfunkprogrammzeitschriften (1931-1965) (Veröffentlichungen des Deutschen Rundfunkarchivs 34), Potsdam 2001, S. 279 f.). In der Sekundärliteratur findet sie sich u.a. bei Conrad F. Latour, Goebbels' „außerordentliche Rundfunkmaßnahmen“ 1939-1942. Dokumentation, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 11, 1963, S. 418-35, hier S. 418; Willi A. Boelcke, Die Macht des Radios. Weltpolitik und Auslandsrundfunk 1924-1976, Frankfurt a. M. u.a. 1977, S. 447 f.; Diller (wie Anm. 14), S. 304; Cornelia Schmitz-Berning, Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin, New York 1998, S. 652; Yuzo Takahashi, A Network of Tinkerers. The Advent of the Radio and Television Receiver Industry of Japan, in: Technology and Culture 41, 2000, S. 460-84, hier S. 465; Karl-Heinz Reuband, „Schwarz hören“ im Dritten Reich. Verbreitung, Erscheinungsformen und Kommunikationsmuster beim Umgang mit verbotenen Sendern, in: Archiv für Sozialgeschichte 41, 2001, S. 245-70, hier S. 247 u. 259 f.; Hannemor Keidel, Volksempfänger, in: Wolfgang Benz (Hg.), Legenden, Lügen, Vorurteile. Ein Lexikon zur Zeitgeschichte, München 1999, S. 186-89, hier S. 187. Die Behauptung wird hartnäckig aufrechterhalten und vielfach übernommen, obwohl sie schon durch Pohle (wie Anm. 11, S. 254) in seinem 1955 erschienenen und immer noch grundlegenden Werk in das Reich der Legenden verwiesen wurde. Allerdings fügt Pohle die gleichfalls nicht belegte Behauptung hinzu: „Derartige Gedankenspekulationen haben zwar bei der Planung des VE eine gewisse Rolle gespielt ...“.

Mittel- und Langwellenbereich ab.<sup>43</sup> Damit entsprach er den Forderungen der politischen Rundfunkführung, die auf Mittelwelle sendenden Reichssender – die in den Quellen auch unter Bezeichnungen wie Orts- und Bezirkssender auftauchen – sowie den auf Langwelle sendenden Deutschlandsender empfangen zu können. Empfang des in Königs Wusterhausen situierten Deutschlandsenders bedeutete für große Gebiete des Reichs auch die grundsätzliche Möglichkeit des Empfangs der auf Langwelle sendenden europäischen Großstationen. In Randgebieten des Reichs konnte, abhängig von der genauen Lage und den Senderstärken, der Empfang ausländischer Sender besser sein als der des Deutschlandsenders. Weil der Volksempfänger keinen Kurzwellenteil besaß, konnten überseeische Sender allerdings nicht gehört werden.

Die prinzipiellen Empfangsmöglichkeiten sind zu unterscheiden von den tatsächlichen Empfangsverhältnissen. Generelle Aussagen sind schwierig, weil der Empfang von der Topographie, der Besiedlung und den atmosphärischen Bedingungen abhängt, wobei letztere beträchtliche Tag-Nacht-Unterschiede aufweisen. Eine entscheidende Bedeutung besaß die Antenne. Beim Volksempfänger garantierte in den meisten Gebieten eine Außenantenne mit variabler Länge einen guten Europaempfang. Im Auftrag der Industrie durchgeführte Empfangsversuche<sup>44</sup> wurden so zusammengefasst:<sup>45</sup> Sie „haben am Tage Lautsprecherempfang des Bezirkssenders und – mit einer Ausnahme in ungünstiger Empfangsgegend – des Deutschlandsenders ergeben, während am Abend Empfang grösserer deutscher und ausländischer Sender möglich war.“ Nach der Freigabe des Verkaufs wurden in den Rundfunkzeitschriften Erfahrungen mit dem Volksempfänger ausgetauscht. Die Technikspalte des *N.S.-Funk* sprach von einem guten Europaempfang in den Abendstunden und gewährte einem Leipziger das Wort, der beim Kauf vom Empfang des Leipziger Bezirkssenders und des Deutschlandsenders ausgegangen war:<sup>46</sup> „Wie erstaunt und hochofren war ich aber, als ich schon am ersten Abend, sogar mit einer ganz primitiven Zimmerantenne, Königsberg, Wien, Stuttgart und mehrere Ausländer erhielt, und zwar in ganz großer Tonstärke. Und ich muß sagen, daß jetzt, nachdem ich mir eine Hochantenne angelegt habe, in

43 Vgl. Handbuch des deutschen Rundfunkhandels. Im Auftrage der Wirtschaftsstelle Deutscher Rundfunk-Großhändler e.V. bearb. v. Rudolf Reim, 1 (1936/37), Dresden, Berlin 1936, S. 192.

44 G(ustav) Leithäuser, Empfangsversuche mit dem Volksempfänger, in: Funktechnische Monatshefte 2, 1933, S. 253 f. (hieraus die Zitate); vgl. (Erich) Schw(andt), Der deutsche Volksempfänger, in: Radio-Technik und -Export 39, 1933, S. 565 f.; Dralowid-Nachrichten 7, 1933, S. 192 f.; Mitteilungen der RRG 446 v. 21.12.1934, Bl. 1; Seegers (wie Anm. 42), S. 259-62.

45 PCA 811.2 + 814.2 Gegevens Radio (Duitsland), WIRUFA-Mittlung v. 8.6.1933; vgl. auch die Empfangsversuche des Händler-Verbandes (Phonographische und Radio Zeitschrift 34, 1933, S. 562-65; 35, 1934, S. 46 f.).

46 N.S.-Funk v. 12.11.1933, S. 44.

den Abendstunden fast jeder gewünschte Sender hereinkommt.“ Die Zeitschrift *Rundfunk-Grosshändler* garantierte bei optimaler Antennenanordnung „in leidlich guten Empfangsgegenden in den Abendstunden“ den Empfang von etwa 20 in- und ausländischen Sendern.<sup>47</sup> Der Reichsverband Deutscher Rundfunkteilnehmer meldete „bei sehr günstigen Empfangsbedingungen“ mehr als 50 empfangene Sender.<sup>48</sup> Ein Hörer sprach gar von 80.<sup>49</sup> In späterer Zeit bezeugte der Funkexperte Eugen Nesper, dass „mit dem VE und sogar mit dem DKE, an den meisten Empfangsstellen“ nachts England gehört werden konnte.<sup>50</sup>

Der zitierten positiven Aussagen ungeachtet hing die Empfangsqualität sehr von den örtlichen Verhältnissen ab. Aus diesem Grund brachten die Radiofirmen zahlreiche Zusatzgeräte auf den Markt, mit denen sich der Empfang verbessern oder die Einstellung komfortabler gestalten ließ: Skalenbeleuchtungen, Antennenwähler, Sperrkreise usw.<sup>51</sup> Anzeigen sowie redaktionelle Beiträge in Rundfunkzeitschriften – auch in den Parteiblättern – warben damit, dass sich auf diese Art und Weise der Fernempfang bzw. der Empfang ausländischer Sender ermöglichen oder verbessern ließ.

### **Werbekampagnen**

Der Volksempfänger und seine Leistungen sowie die Möglichkeit des Ratenkaufs wurden breit und andauernd kommuniziert. Die Radiofirmen selbst hielten sich, getroffenen Abmachungen entsprechend, bei der Propagierung der Gemeinschaftsgeräte zurück. Sie präsentierten den Volksempfänger und die anderen Gemeinschaftsgeräte zwar anlässlich von Ausstellungen und führten sie in ihren Werbebroschüren, Prospekten und Preislisten auf, jedoch eher an untergeordneter Stelle. Dies war verständlich, sahen sie in den Gemeinschaftsgeräten doch eine Konkurrenz für ihre Markenempfänger, welche jedenfalls im Vergleich höhere Gewinne abwarfen.

Die Hauptaufgabe bei der Werbung für den Volksempfänger oblag den nationalsozialistischen Institutionen. Hierzu gehörte ein breites Spektrum von staatlichen und Parteistellen; federführend war die Rundfunkkammer. Von der im Juli 1933 ins Leben gerufenen Nationalsozialistischen Rundfunkkammer hatten sich die Radiofabriken ferngehalten. Der Reichsrundfunkkammer gehörten sie nur einige Monate Ende 1933, Anfang 1934 als Zwangsmitglieder an, ehe sie in die Reichswirtschaftskammer überführt wurden. Die nationalsozialistische Rundfunkführung hatte gehofft, die Industrie über die Kammer zur Finanzierung der Gemeinschaftswerbung heranzuziehen. Jetzt musste

47 *Rundfunk-Grosshändler* 3, 1934/35, S. 102.

48 Mitteilungen der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft 399 v. 1.2.1934, Bl. 2 f.

49 Mitteilungen der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft 446 v. 21.12.1934, Bl. 1.

50 Nesper (wie Anm. 23), S. 129. Ältere Zeitgenossen bestätigen auch heute noch mündlich die schriftlichen Berichte.

51 Zahlreiche Beispiele bei Holtschmidt (wie Anm. 39), S. 64-81.

die Reichsrundfunkgesellschaft die finanzielle Lücke schließen. Es dauerte bis Mai 1935, dass als Surrogat die „Arbeitsgemeinschaft der Reichsrundfunkammer und der Rundfunkwirtschaft“ gegründet wurde.<sup>52</sup> Ihre wichtigsten Aufgaben wurden in der Steigerung der Teilnehmerzahlen, der Planung der Gemeinschaftsgeräte und der Werbung gesehen. Die Industrie und der Handel beteiligten sich an der Finanzierung, zunächst mit einer an der Zahl der verkauften Geräte orientierten Abgabe, dann mit einem jeweils gleich hohen Festbetrag.<sup>53</sup> Die Wirtschaft trug zwar einen Großteil der Lasten, war aber im Beirat der unter Hadamovskys Leitung stehenden Arbeitsgemeinschaft nur paritätisch zu den nationalsozialistischen Rundfunkverbänden vertreten.<sup>54</sup> Insbesondere in der Industrie führte dies zu Unmutsäußerungen.<sup>55</sup> Aber auch die nationalsozialistische Rundfunkführung zeigte sich mit der Art der Finanzierung unzufrieden.<sup>56</sup>

Die große Leistungsschau des Rundfunks und der Funkindustrie bildete die Funkausstellung in Berlin.<sup>57</sup> Sie fand jährlich an zehn bis zwölf Augusttagen in den Messehallen unter dem Funkturm statt. Auf der Funkausstellung wurden alle wichtigen Neuerungen präsentiert, natürlich auch die politischen Gemeinschaftsgeräte. Im Mittelpunkt der Funkausstellung 1933 stand der Volksempfänger. Bereits das Logo der Ausstellung wies mit Stolz auf das prominenteste Ergebnis der nationalsozialistischen Rundfunkpolitik hin. Hitler erwies ihm bei seinem einzigen Besuch einer Funkausstellung die gehörige Referenz. Jeder 5000. Besucher erhielt einen Volksempfänger als Präsent; weitere wurden verlost.<sup>58</sup> Ansonsten waren die „fest in die nationalsozialistische Feierkultur eingebunden(en)“<sup>59</sup> Funkausstellungen die Bühne Goebbels'. In seinen Eröffnungsreden nahmen der Volksempfänger und die anderen politischen Gemeinschaftsgeräte breiten Raum ein. Auf den Ausstellungen wurden sie an herausgehobener Stelle und besonders effektiv gezeigt. 1934 präsentierte man in einer „Halle der Arbeit“ die Produktion des Volksgeräts.

Neben der „Großen Berliner“ fanden in anderen Städten regional ausgerichtete Rundfunkausstellungen unter Bezeichnungen wie Funkschau oder

52 Zur Arbeitsgemeinschaft: Archiv für Funkrecht 8, 1935, S. 185-89; Rudolf Droysen, Die neue „Arbeitsgemeinschaft der Reichsrundfunkammer und der Rundfunkwirtschaft“, in: Rundfunkarchiv 12, 1939, S. 296-98; Dreßler-Andreeß (wie Anm. 11), S. 17-21; BArch R 55/718, Bl. 40.

53 Die Aufteilung der Beiträge war von Auseinandersetzungen begleitet: BArch R 56 I/69, Bl. 19 u. 115, Bl. 206-08.

54 Mitteilungen der RRG 467, Bl. 10 f.; Archiv für Funkrecht 8, 1935, S. 355 f.

55 BArch R 13 V/3, Niederschrift Nr. 4004/1 v. 2.9.1936, S. 7 u. 9 f.

56 BArch R 56 I/115, Bl. 82 ff.

57 Pohle (wie Anm. 11), S. 293 ff.; Heide Riedel, 70 Jahre Funkausstellung. Politik, Wirtschaft, Programm. Eine Ausstellung des Deutschen Rundfunk-Museums, Berlin 1994, S. 59-110.

58 Der Angriff 7, 1933, 18.8., 1. u. 2. Beilage.

59 Uta C. Schmidt (wie Anm. 34), S. 276.

Landesausstellungen statt. Auch hier waren die Reichsrundfunkkammer bzw. die „Arbeitsgemeinschaft“ mit den Gemeinschaftsgeräten präsent. Außerdem beschickten sie thematisch anders ausgerichtete größere und kleinere Messen. So waren sie auf der Leipziger Frühjahrsausstellung vertreten und auf der Berliner „Grünen Woche“. Auf der „Grünen Woche“ warben sie für die Verbreitung des Rundfunks auf dem bislang unterversorgten Land.

Seit September 1933 richtete die Rundfunkkammer in Verbindung mit dem Reichsverband Deutscher Rundfunkteilnehmer und dem Deutschen Funktechnischen Verband „Kreisrundfunkstellen“ ein.<sup>60</sup> Im Laufe eines halben Jahres soll deren Zahl auf 2000 angewachsen sein. Die Beratungseinrichtungen führten den Volksempfänger vor und versorgten die Interessenten mit Ratschlägen, z.B. zur Installation der Antenne. Die Aufgaben der Rundfunkstellen gingen allerdings über die Gemeinschaftsgeräte hinaus. Sie bestand allgemein darin, die Verbreitung des Rundfunks zu fördern. Die größte Bedeutung dürfte die technische Beratung besessen haben, wie zur Beseitigung von Störquellen. Die Tages- und die Fachpresse, am intensivsten natürlich die Parteiblätter, berichteten breit über die rundfunkpolitischen Aktivitäten der Partei- und Regierungsstellen. Die nationalsozialistischen Programmzeitschriften überschlugen sich geradezu mit Artikeln, Meldungen und Werbeparolen für den Volksempfänger. So zierte z.B. ein großes Bild des Volksempfängers und die Botschaft „Schenkt Volksempfänger zum Weihnachtsfest“ die Titelseite eines Hefts des von der Reichsrundfunkkammer herausgegebenen *N.S.-Funks*.<sup>61</sup> In späterer Zeit prämierte der *N.S.-Funk* erfolgreiche Zeitschriftenwerber mit einem Gemeinschaftsgerät.<sup>62</sup> Der Rundfunk war ein natürlicher Werber seiner selbst. Dem Volksempfänger und den anderen politischen Gemeinschaftsgeräten gab er zudem in zahlreichen redaktionellen Beiträgen Raum.<sup>63</sup>

Die Rundfunkkammer ließ eine Reihe von Filmen produzieren, welche für den nationalsozialistischen Rundfunk warben. Unter anderem wurden die Filme in den Vorprogrammen der Kinos gezeigt. Neben Dokumentarfilmen gehörten hierzu „drei fröhliche Farbentonzeichentrickfilme“.<sup>64</sup> „Hansemann Traumfahrt“ zeigte den Weg einer Sendung von der Produktion bis zum Empfang. Die beiden anderen waren Werbefilme für den Volksempfänger. Zwar fiel der Empfängernahme nicht, doch die Werbestreifen präsentierten sein unverwechselbares Erscheinungsbild. Die Inhalte – knapp skizziert nach den nationalsozialistischen Originalquellen. Zunächst der Film „Und es be-

60 *N.S.-Funk* v. 15.10.1933, S. 4 u. 18.3.1934, S. 44.

61 *N.S.-Funk* v. 10.12.1933.

62 *N.S.-Funk* v. 12.3.1939, S. 2.

63 Vgl. z.B. BArch R 78/761.

64 *Der Rundfunk* 2, 1938/39, S. 183 (hieraus die folgenden Zitate); vgl. Rundfunkarchiv 10, 1937, S. 542. Der Film „Die Schlacht um Miggershausen“ wurde als Video-Aufzeichnung zusätzlich analysiert.

ginnt ein neuer Tag“: „Mit dem Einzug eines neuen Rundfunkgerätes wird aus einer verschlammten, vernachlässigten Bude ein schmuckes Heim, aus vermickerten Eheleuten ein daseinsfrohes, lebensbejahendes Ehepaar“. Dann „Die Schlacht um Miggershausen“: „Ein Dorf – beinahe hinter dem Mond – wird von dem Volksempfänger-Kundschafter entdeckt. Die Volksempfänger-Armee stürmt das Dorf und hilft mit gutem Rat den Bauern, die durch ihre Rückständigkeit beinahe schon dem Nichts gegenüberstanden.“ Der Film demonstrierte den Wert des Volksempfängers als Medium der Unterhaltung und Information; herausgestrichen wurden z.B. die Ratschläge des Landfunks für Ackerbau und Viehzucht sowie dessen Wetterberichte.

An Traditionen vor der Machtergreifung knüpften die Reichsrundfunkgesellschaft und die Reichsrundfunkkammer an, indem sie Werbewagen in kleinere Städte und auf das flache Land schickten.<sup>65</sup> 1937 und 1938 standen hierfür sechs bzw. sieben Wagen zur Verfügung. Ein solcher Werbetag begann üblicherweise mit einem Mittagskonzert in dem Hauptort der Fahrt.<sup>66</sup> Hierfür griff man auf das Programm des Deutschlandsenders oder auf Schallplatten zurück. Man verteilte Prospekte und kündigte durch Lautsprecheransagen die Nachmittags- und Abendveranstaltungen an. Am Nachmittag suchte man durch Vorführung von Rundfunk-Werbefilmen in Schulen die Kinder und Jugendlichen für den Rundfunk zu begeistern. Anschließend fuhr man die kleineren Ortschaften in der Umgebung ab, sendete Musik und machte Durchsagen per Lautsprecher. Die Hauptveranstaltung fand am Abend statt – in einem festlich geschmückten Saal, mit Reden, Werbefilmen, Entstörungstipps eines Postfachmanns, Live-Auftritten von Künstlern, einer Geräteausstellung, Verlosung von Gemeinschaftsempfängern und der Verteilung von Prospektmaterial. Eine Bilanz für das Jahr 1938 nannte 842 Werbetage mit 3550 angefahrenen Orten und fast 545.000 Veranstaltungsbesuchern.<sup>67</sup>

In bestimmten Fällen wurden Hilfen für die Erneuerung des Rundfunkgeräts geboten. Ein Umzug oder eine Stromumstellung – meist von Gleich- auf Wechselstrom – konnten ein nur für eine Stromart verwendungsfähiges Radio entwerfen. In den Jahren 1934 und 1935 erleichterten die Elektrizitätsversorgungsunternehmen, nach Absprachen mit der Reichsrundfunkkammer und der Industrie, die Anschaffung neuer Geräte durch Zuschüsse oder indem sie die alten in Zahlung nahmen.<sup>68</sup> In späterer Zeit dürfte das Problem an Bedeu-

65 Arthur Freudenberg, Werbewagen und Werbewagenveranstaltungen – zwei unentbehrliche Helfer der Rundfunkpropaganda, in: Rundfunkarchiv 12, 1939, S. 145-50; Nationalsozialistische Rundfunk-Korrespondenz v. 27.4.1938, Bl. 2 u. 20.12.1938, Bl. 3 f.; Rundfunkarchiv 12, 1939, S. 356.

66 Freudenberg (wie Anm. 65), S. 146 f.

67 Ebd., S. 148.

68 Elektrizitätswirtschaft 33, 1934, S. 319 u. 34, 1935, S. 444; Der Deutsche Sender v. 5.4.1935, S. 46; Archiv für Funkrecht 8, 1935, S. 99; Höckel (wie Anm. 37), S. 84.

tung verloren haben, weil sich mehr und mehr Allstromgeräte – so auch bei den Gemeinschaftsempfängern – durchsetzten.

Eine 1936 und 1937 nach amerikanischem Vorbild von der Industrie in Absprache mit der Reichsrundfunkkammer durchgeführte Umtauschaktion sollte den Verkauf ankurbeln.<sup>69</sup> Bei Abgabe älterer, vor 1931 auf den Markt gebrachter Apparate wurde ein Preisnachlass beim Neukauf von 10 bis 15% gewährt. Die Aktion war auf einige umsatzschwache Monate im Frühjahr und Sommer begrenzt und führte in dieser Zeit zu einer Verdoppelung der Verkaufszahlen. Insgesamt machten mehr als 100.000 Kunden von dem Angebot Gebrauch. Die alten Geräte wurden gesammelt und an Bedürftige abgegeben.

In den Jahren 1937 und 1938 unternahm die Reichsrundfunkkammer in Abstimmung mit der Reichspost eine Aktion zur Gewinnung neuer Hörer.<sup>70</sup> Sie stellte der NSDAP in allen 32 Gauen je 100 Volksempfänger zur Verfügung und ermöglichte diesen bislang nicht versorgten Haushalten einen 14-tägigen gebührenfreien Empfang. Rechnerisch ließen sich damit mehr als 83.000 Haushalte im Jahr erreichen. Angeblich sollen auf diese Art und Weise 30% der beschenkten Haushalte neu für den Rundfunk gewonnen worden sein.

### **Rundfunkverbreitung: Propaganda und Realität**

An Werbemaßnahmen für den Rundfunk und den Volksempfänger gab es also keinerlei Mangel. Tatsächlich wurde das Gemeinschaftsgerät in den Rundfunkjahren 1933/34 und 1934/35 mit fast 1,5 Millionen verkauften Exemplaren ein außerordentlicher Erfolg.<sup>71</sup> Danach jedoch ging der Absatz deutlich zurück, von 850.000 (1934/35) Apparaten auf 350.000 (1936/37). Der Anteil des Volksempfängers am Radiomarkt schrumpfte von 43,7 (1934/35) auf 24,3% (1936/37). Das Gemeinschaftsgerät hatte offensichtlich einen angestauten Bedarf abgeschöpft und war in das Marktsegment der Markengeräte eingedrungen. Für größere Teile der Bevölkerung blieb ein Radio jedoch weiterhin außer Reichweite. Im Propagandaministerium war man sich dieser Tatsache wohl bewusst. Während man in der Öffentlichkeit den Volksempfänger als Mittel zur totalen Rundfunkerfassung des deutschen Volkes

69 Höckel (wie Anm. 37), S. 85-88; Archiv für Funkrecht 9, 1936, S. 145 f.; Nationalsozialistische Rundfunk-Korrespondenz v. 5.5.1937, S. 11; 11.8.1937, S. 12; 16.11.1937, S. 10; 16.2.1938, S. 2.

70 BArch R 4701/ 20 717, Schreiben v. 11.11.1937; Nationalsozialistische Rundfunk-Korrespondenz v. 8.12.1937, S. 9 u. passim; 12.1.1938, S. 11 f.; 9.3.1938, S. 11; 16.3.1938, S. 9; N.S.-Funk 5, 1937, 26.12., S. 44; vgl. Uta C. Schmidt, Der Volksempfänger. Tabernakel moderner Massenkultur, in: Inge Marbolek u. Adelheid v. Saldern (Hg.), Radiozeiten. Herrschaft, Alltag, Gesellschaft (1924-1960) (Veröffentlichungen des Deutschen Rundfunkarchivs 25), Potsdam 1999, S. 136-59, hier S. 147 f.

71 Die Absatz- und Anteilszahlen nach Köster (wie Anm. 27), S. 22 f.

feierte, wurde in internen Stellungnahmen nüchtern konstatiert:<sup>72</sup> Der Volksempfänger werde vor allem von kleinen Angestellten mit einem Monatseinkommen zwischen 200 und 300 RM gekauft; „die grosse Masse der Wochenlohnempfänger erreichen wir jedoch nicht“.

Der Preis von 76 RM für den Volksempfänger war unter Preis-Leistungs-Gesichtspunkten und unter Berücksichtigung der Verhältnisse in der Rundfunkindustrie ein durchaus vorzeigbares Ergebnis, wenn auch viele mit einem niedrigeren Preis gerechnet hatten. Mit den sinkenden Absatzzahlen mehrten sich die Stimmen, welche eine Verbilligung und Verbesserung des Geräts verlangten. Die Forderung wurde von der regierungsamtlichen Politik aufgegriffen. In einem Schreiben an den Verband der Rundfunkindustrie mahnte im September 1936 Reichswirtschaftsminister Schacht „die Entwicklung eines für den Massenabsatz geeigneten, elektrisch und akustisch gegenüber dem Volksempfänger verbesserten billigen Gemeinschaftserzeugnisses“ an.<sup>73</sup> Es lässt sich nicht ausmachen, ob die zur Funkausstellung 1937 erfolgte Preissenkung und Geräteinnovation auf die Intervention des Wirtschaftsministers zurückzuführen ist. Jedenfalls wurden der Preis des Ursprungsmodells von 76 auf 59 RM gesenkt und ein verbessertes Modell VE 301 Wn für 65 RM auf den Markt gebracht. Die hoch gesteckten Erwartungen scheint dies nicht befriedigt zu haben. Jedenfalls konstatierte die *Nationalsozialistische Rundfunk-Korrespondenz* auch nach der Funkausstellung eine andauernde „Verbilligungspsychose“ und Kaufzurückhaltung.<sup>74</sup>

Wesentlich weitergehende Planungen für ein neues Gemeinschaftsgerät trieben das Propagandaministerium und die Reichsrundfunkkammer seit Frühjahr 1937 voran.<sup>75</sup> Nach der Funkausstellung erging eine Ausschreibung an die radiobauenden Firmen. Sie gab einen Preis von 30 bis 35 RM vor, skizzierte eine dem alten Volksempfänger ähnliche Empfangsleistung und verlangte weitgehenden Verzicht auf Eisen, Kupfer und andere devisenpflichtige Stoffe; das Gerät sollte auch exportfähig sein. Insgesamt reichten zwölf Firmen Entwürfe ein. Den Zuschlag erhielt die von Lorenz stammende Konstruktion.

Der Preis von 35 RM für den auf der Funkausstellung 1938 präsentierten DKE 1938 war scharf kalkuliert – die Industrie hatte ursprünglich 45 RM gefordert.<sup>76</sup> Zustande kam der Preis unter Zugrundelegung hoher Stückzahlen, durch eine material- und arbeitssparende Konstruktion und indem die Patentinhaber, was ihnen nicht schwer fiel,<sup>77</sup> vollständig auf Lizenzgebühren

72 BArch R 55/ 20 650, Bl. 92 u. 98, Stellungnahme v. 25.10.1937.

73 Archiv der Siemens AG, München (SAA) 11/ Li 303 v. Buol, 3.9.1936, Schacht an WDRI.

74 Nationalsozialistische Rundfunk-Korrespondenz v. 24.11.1938, S. 8.

75 BArch R 55/ 20 028, Bl. 97; SAA 6926, Aktennotiz v. 2.10.1937; *Völkischer Beobachter*, Norddeutsche Ausgabe, A, 51 (1938), 7.8., S. 4.

76 BArch R 55/ 20 028, Bl. 68v u. 240.

77 PCA 811.21 Volksempfänger, Schreiben v. 5.5. u. 10.5.1938.

verzichteten. Die Beteiligten gingen von einer über mehrere Jahre zu produzierenden Millionenaufgabe aus. Tatsächlich wurde der Empfänger ein Verkaufserfolg und gab der Verbreitung des Rundfunks neuen Schwung. Bis Mai 1939 wurden 900.000 Geräte abgesetzt, insgesamt bis zur Produktionseinstellung 1943 2,8 Millionen.<sup>78</sup> Etwa 90% derjenigen, die sich einen DKE 1938 anschafften, waren Erstkäufer.

Das Ziel der nationalsozialistischen Rundfunkpolitik war die totale Rundfunkerfassung der „Volksgemeinschaft“. Damit war sowohl der „Gemeinschaftsempfang“ bei besonderen politischen Anlässen gemeint wie der Individualempfang in den eigenen vier Wänden. Jeder Haushalt sollte ein Rundfunkgerät besitzen. Die politische Rundfunkführung goss dieses Ziel in griffige Parolen, welche Goebbels auf der Berliner Funkausstellung verkündete. 1933 lautete die teils Hitler, teils Goebbels zugeschriebene Formel „Rundfunk in jedes deutsche Haus!“<sup>79</sup> Ebenfalls 1933 sprach Goebbels von einer Verdoppelung der Hörerzahlen,<sup>80</sup> 1937 dann von einem Zuwachs von fünf Millionen.<sup>81</sup> Bei seiner Eröffnungsrede auf der Funkausstellung 1937 sah Goebbels Deutschland auf dem Weg, „in bezug auf die Hörerzahl das erste Rundfunkland der Welt“ zu werden.<sup>82</sup> 1938 wurde daraus „das stärkste Rundfunkland der Welt“.<sup>83</sup>

Wie entwickelte sich unter nationalsozialistischer Herrschaft die Verbreitung des Rundfunks tatsächlich? Der Anteil der Radiohaushalte im alten Reichsgebiet stieg von 25% (1933) auf 65% (1941).

	Rundfunkteilnehmer in 1000	Rundfunkteilnehmer auf 100 Haushaltungen
1933	4.555	25,4
1934	5.453	29,8
1935	6.725	36,2
1936	7.584	40,2
1937	8.512	44,3
1938	9.598	49,2
1939	11.324	57,1
1940	12.615	62,7
1941	13.309	65,1

Tab. 1: Rundfunkteilnehmer und Rundfunkdichte im nationalsozialistischen Deutschland 1933–1941 (altes Reichsgebiet; Stichtag jeweils 1. April). Quelle: Rundfunkarchiv 14, 1941, S. 413

78 Uta C. Schmidt (wie Anm. 34), S. 293.

79 Der Angriff 7, 1933, 18.7., 1. Beilage; 12.9., 2. Beilage; vgl. Riedel, 70 Jahre, S. 62 u. 66.

80 1937 als erreicht bezeichnet (Das Archiv 34, 1936/37, S. 1536).

81 Mitteilungen der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft 507 v. 15.8.1937, S. 2.

82 Ebd., S. 5; N.S.-Funk 5, 1937, 8.8., S. 3.

83 Nationalsozialistische Rundfunk-Korrespondenz v. 10.8.1938, Bl. 5.

Bei den Angaben ist zu berücksichtigen, dass statistisch unter Rundfunkteilnehmer die Zahl der angemeldeten Apparate verstanden wurde.<sup>84</sup> Angemeldete Apparate standen aber auch außerhalb von Haushalten, in Wirtschaftsunternehmen und Behörden. Außerdem gab es Institutionen und Haushalte, die mehr als ein Radiogerät angemeldet hatten. Zusammen genommen bedeutet dies, dass die Radiodichte um einige Prozentpunkte – wie viele lässt sich nicht genau sagen – reduziert werden muss.

Die Steigerung der Rundfunkdichte von 25 auf 65% mutet bei vordergründiger Betrachtung beeindruckend an. Eine differenziertere Beurteilung eröffnet dagegen der vergleichende Blick in andere Länder.

	Rundfunkhörer auf 1000 Einwohner 1941/42	Zunahme 1934–1942 in %
Schweden	248,6	138
Dänemark	237	71
Deutschland	197,3	174
Großbritannien	191	53
Schweiz	164,1	131
Niederlande	159,8	121
Norwegen	154,3	231
Belgien	132,8	137
Frankreich	131,7	286
...	...	...
Bulgarien	23,2	1916

Tab. 2: Rundfunkdichte in europäischen Ländern 1941/42 und prozentuale Zunahme 1934–1942. Quelle: Rundfunkarchiv 15, 1942, S. 330

Danach lag Deutschland, gerechnet nach Rundfunkteilnehmer auf 1000 Einwohner, 1941/42 in Europa hinter Schweden und Dänemark an dritter Stelle vor Großbritannien und der Schweiz. Die unterschiedliche Rundfunkdichte europäischer Länder lässt sich auf zahlreiche Einflussfaktoren zurückführen.<sup>85</sup> Wohlstand, die Attraktivität des Programms, der technische Ausbau der Sender, die staatliche Rundfunkpolitik, die Wirtschaftswerbung usw. In Ländern mit einem größeren Anteil städtischer Bevölkerung lag die Rundfunkdichte höher als in Agrarstaaten. In Europa gab es ein markantes Nord-Süd-Gefälle; in den nördlichen Ländern war der Rundfunk viel weiter verbreitet als im Süden. Dies lässt sich durch klimatische und damit zusammenhängen-

84 Pohle (wie Anm. 11), S. 332-39; Hans Wipplinger, Rundfunkstatistik (Beiträge zur Statistik Bayerns 125), Diss. München 1937, S. 59.

85 Vgl. Pohle (wie Anm. 11), S. 336 ff.

de mentale Unterschiede erklären. Der kürzere Wintertag und die niedrigeren Temperaturen in allen Jahreszeiten förderten im Norden das häusliche Leben. Dagegen spielte und spielt sich im Süden ein größerer Teil des Alltags unter freiem Himmel ab.

Eine noch aussagekräftigere Messgröße für die nationalsozialistische Politik der Rundfunkverbreitung als die Rundfunkdichte stellt ihre Veränderung über die Zeitachse dar. In der Tabelle ist dies als prozentuale Zunahme der Teilnehmerzahlen zwischen Anfang 1934 und Anfang 1942 ausgedrückt. Bei der Beurteilung der Zahlen ist allerdings der typische S-förmige Verlauf von Technikverbreitungskurven zu berücksichtigen. Eine Technik verbreitet sich zunächst langsam, weil das Neue erst kommuniziert und der Markt erschlossen werden muss. Nachdem die Verbreitung eine maximale Steigerung durchlaufen hat, geht die Verbreitungsgeschwindigkeit zurück und nähert sich asymptotisch einem Wert, bei dem der Markt gesättigt ist. Daraus erklärt sich bei unseren Zahlen, dass der Zuwachs im Falle Bulgariens so viel größer war als in den führenden Rundfunkländern. Bei Bulgarien bewegte sich die Rundfunkverbreitung von einem ganz niedrigen Niveau in die Phase beschleunigten Wachstums hinein. Die führenden Rundfunkländer hatten dagegen die ausgeprägteste Wachstumsphase bereits hinter sich und näherten sich der Sättigung. Für die Einschätzung des deutschen Wachstumswerts von 174% bedeutet das, dass tendenziell die Länder mit höherer Rundfunkdichte einen geringeren Wachstumswert, die mit geringerer Rundfunkdichte einen höheren Wachstumswert aufweisen müssten. Beurteilt man das deutsche Rundfunkwachstum unter diesen Gesichtspunkten, so lässt sich die Aussage machen, dass es zwar bemerkenswert, aber – mit Blick auf europäische Länder wie Schweden, Norwegen und Frankreich – so außergewöhnlich auch wieder nicht war. Ferner ist zu berücksichtigen, dass wahrscheinlich kein anderes Land einen solchen Aufwand zur Steigerung der Hörerzahlen betrieb wie das nationalsozialistische Deutschland. Es sei dahingestellt, ob man das Ergebnis der nationalsozialistischen Rundfunkpolitik als begrenzten Erfolg oder als relativen Misserfolg bezeichnen will. Die Nationalsozialisten selbst waren jedenfalls von den Ergebnissen ihrer Anstrengungen enttäuscht.

Die amerikanische Rundfunkverbreitung übertraf die in den europäischen Ländern deutlich. 1940/41 besaßen zwischen 80 und 90% der Haushalte ein Empfangsgerät.<sup>86</sup> Eine Schätzung für Anfang 1941 ging von 29 Millionen (von insgesamt 33 Millionen) Radiohaushalten aus. Davon hatten aber elf Millionen noch ein zweites Gerät, acht Millionen ein Autoradio und an die zwei Millionen ein Kofferradio. Rechnerisch kamen also auf jeden Haushalt 1,5 Radioapparate. Die Gründe für dieses enorme amerikanische Übergewicht bei der Radioverbreitung sind vielfältig. Einen großen Stellenwert dürften das

86 Rundfunkarchiv 14, 1941, S. 189 u. 425; Elektrotechnische Zeitschrift 63, 1942, S. 97 (hieraus die folgenden Schätzzahlen).

hohe Einkommens- und Konsumniveau besonders auf dem Land, die niedrigen Gerätepreise und der Wegfall der Gebühren im durch Werbung finanzierten Rundfunk besessen haben.

Für den Anstieg der Teilnehmerzahlen in Deutschland schufen Veränderungen im Verhältnis von Angebot und Nachfrage die Grundlage. Die vor allem rüstungswirtschaftlich bedingte Konjunktur erhöhte die verfügbaren Mittel der als Käufer in Frage kommenden Schichten, und sinkende Preise erleichterten den Kauf eines Radioapparates. Zusätzlich zur Eigendynamik der Verbreitung heizte die nationalsozialistische Rundfunkpropaganda die Wünsche nach einem Radio an. Mit ihrer aggressiven Expansionspolitik steigerten die Nationalsozialisten das Informationsbedürfnis der Bevölkerung. Zwischen 1937 und 1940 stiegen die Teilnehmerzahlen besonders stark an, ehe sie durch Gerätemangel gebremst wurden.

Die nationalsozialistische Propaganda wurde nicht müde zu betonen, dass der Volksempfänger allen deutschen Familien den Rundfunk zugänglich mache. Die Realität sah anders aus.<sup>87</sup> Zunächst lässt sich ein markantes Großstadt-Land-Gefälle feststellen.<sup>88</sup> Auf dem Land war die Radiodichte weniger als halb so groß wie in der Stadt. Allerdings lagen die Wachstumsraten – ausgehend von einem niedrigeren Niveau – auf dem Land höher. Für die Differenz zwischen Stadt und Land sind zahlreiche Gründe namhaft zu machen. In manchen ländlichen Regionen war der Empfang schlecht. Die unregelmäßige Struktur der ländlichen Arbeiten stellte keinen kompakten Freizeitblock zum Radiohören zur Verfügung. Das Radio tat sich schwer, in traditionale Mentalitäten und Gewohnheiten einzubrechen. Vor allem aber hatten die Kleinbäuerlichen und die Landarbeitereinkommen mit denen der städtischen Angestellten und Industriearbeiter nicht Schritt gehalten. Eine Ende 1937 durchgeführte Untersuchung in einem kleinen sächsischen Dorf von 380 Einwohnern und etwa 100 Haushalten ergab hierzu folgende Ergebnisse:<sup>89</sup> Von den Haushalten besaß etwa die Hälfte ein Rundfunkgerät. Von den rundfunklosen führte etwa die Hälfte finanzielle Gründe für den Radioverzicht an. Die andere Hälfte, meist ältere Leute, zeigten sich am Rundfunk nicht interessiert.

Bei den Städten lassen sich Differenzen zwischen durch Verwaltungs- und Dienstleistungsfunktionen geprägten Ortschaften und Industriestädten

87 Vgl. zur Rundfunkverbreitung: Pohle (wie Anm. 11), S. 262 f. u. 332-39; Uta C. Schmidt (wie Anm. 34), S. 259-70; Karl Christian Führer, Auf dem Weg zur „Massenkultur“? Kino und Rundfunk in der Weimarer Republik, in: Historische Zeitschrift 262, 1996, S. 739-81, hier S. 774; Carsten Lenk, Die Erscheinung des Rundfunks. Einführung und Nutzung eines neuen Mediums 1923-1932 (Konzeption Empirische Literaturwissenschaft 20), Opladen 1997, S. 292.

88 R. Weisflog, Rundfunk und Einkommen, in: Rundfunkarchiv 12, 1939, S. 299-308; Mitteilungen der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft 503, Bl. 4 u. 6 f.

89 Alfred Schmidt, Publizistik im Dorf (Leipziger Beiträge zur Erforschung der Publizistik 2), Dresden 1939, S. 113-50, bes. S. 116-18.

feststellen. Eine Reihe von durch den bürgerlichen Mittelstand dominierten Städten erreichte – jedenfalls statistisch – nahezu eine Vollversorgung der Haushalte mit Rundfunkgeräten; bei Industriestädten lagen die Werte deutlich darunter. Der Befund trifft sich mit der sozialen Zusammensetzung der Rundfunkhörer.<sup>90</sup> Die weiteste Verbreitung fand das Radio – in dieser Reihenfolge – bei den Selbständigen, den Angestellten und den Beamten. 1934 besaß von den Angehörigen dieser Gruppen ein knappes Drittel einen Radioapparat. Dagegen konnte nur gut jeder zehnte Arbeiter ein Rundfunkgerät sein eigen nennen. Später wurden solche sozialstatistischen Erhebungen nicht mehr durchgeführt. Der Anteil der Rundfunkgerätebesitzer unter den Arbeitern dürfte gestiegen sein, ohne jedoch die Mehrheit auszumachen. Hieran änderten auch der Volksempfänger und der Deutsche Kleinempfänger nichts. Dies belegen 1938 in einer süddeutschen Industriestadt durchgeführte Erhebungen zur Verbreitung von Elektrogeräten.<sup>91</sup> Eine Korrelation zwischen Radiobesitz und Einkommen ergab eine markante Ausbuchtung des Kurvenverlaufs im Bereich der Jahreseinkommen zwischen 2000 und 6000 RM, also deutlich oberhalb der Arbeitereinkommen. Der Verfasser interpretierte diesen „Mittelstandsbauch“ – ganz zu Recht – als „Auswirkung des Volksempfängers“. Gestützt wird die Interpretation durch die Korrelation zwischen Radiobesitz und Wohnungsgröße. In 15 bis 20% der Großwohnungen mit sieben und mehr Räumen gab es kein Radio. Hierbei dürfte es sich um Rundfunkabstinente gehandelt haben, welche dem Medium kein Interesse entgegenbrachten. Aber in den Kleinstwohnungen mit ein bis zwei Räumen, wo ärmere Bewohner zu vermuten sind, war in mehr als 60% kein Rundfunkgerät vorhanden.

In der nationalsozialistischen Zeit blieb der Rundfunk also – aller anders lautenden Propaganda zum Trotz – schwerpunktmäßig ein Medium des Mittelstands. Unter den Rundfunkhörern befanden sich die Arbeiter in der Minderheit, und nur eine Minderheit der Arbeiterhaushalte besaß ein Rundfunkgerät. Dabei war – einer privaten Umfrage zu Folge – unter den Arbeitern der Wunsch nach Rundfunk am ausgeprägtesten.<sup>92</sup> In vielen Fällen ließ sich der Wunsch jedoch nicht realisieren. 1939 wurde im technischen Zentralorgan der NSDAP das Resümee gezogen:<sup>93</sup> „Die Haushaltungen, die heute dem Rundfunk noch ferne stehen, sind zum großen Teile nicht böswillige Verneiner des Rundfunks, sondern sie sind vielfach wirtschaftlich nicht in der Lage,

90 Erich Schäfer, Der Markt in Zahlen. Die soziale Gliederung der deutschen Rundfunkhörer, in: Die deutsche Werbung 28, 1935, S. 1566-68, bes. S. 1566.

91 Hans Vogt, Die Gerätesättigung im Haushalt. Eine erweiterte Marktanalyse für elektrische und Gasgeräte (Beiträge zur öffentlichen Wirtschaft 3), Berlin 1940, S. 14 f. u. 30 f.

92 G. Thann, Von der sozialen Bedeutung des Rundfunks, in: Soziale Praxis 44, 1935, Sp. 377-82.

93 Karl Reinhard, Die Deutsche Rundfunkwirtschaft an der Wende des Rundfunkjahres 1939/1940, in: Deutsche Technik 7, 1939, S. 371-73, hier S. 371.

große Summen für Empfangsgeräte zu erübrigen.“ Während Mittelschichtfamilien den Volksempfänger meist bar erwarben, nutzten die Arbeiter in großem Umfang die Möglichkeit der Ratenzahlung.<sup>94</sup> Im Dezember 1937 befanden sich unter den die Finanzierungsmöglichkeiten in Anspruch nehmenden Käufern fast 65% Arbeiter. Finanzielle Überlegungen spielten beim Gerätekauf eine wichtige Rolle.<sup>95</sup> Unter den Abmeldegründen dominierte nach einer 1934 in Berlin durchgeführten Erhebung zwar der Wohnungswechsel, aber danach folgten mit mehr als einem Viertel der Fälle wirtschaftliche und soziale Gründe wie Notlagen, Arbeitslosigkeit und Krankheit.<sup>96</sup> Hinter der in den 1930er Jahren noch existierenden Bastelbewegung dürften auch wirtschaftliche Motive gestanden haben. Nach einer bei den Berliner Siemens-Mitarbeitern im Frühjahr 1934 durchgeführten Umfrage hörten selbst diese nur zu gut 41% regelmäßig Radio – was nicht unbedingt mit Radiobesitz gleichzusetzen ist.<sup>97</sup> 3800, d.h. neun Prozent der befragten Mitarbeiter, bezeichneten sich als Funkbastler.

Wieso überstieg die Anschaffung eines Rundfunkgeräts die wirtschaftlichen Möglichkeiten der meisten Arbeiterhaushalte? Zur Beantwortung dieser Frage sind zwei Kostenschätzungen hilfreich, die unabhängig voneinander im Postministerium (1938) und im Propagandaministerium (1939) entstanden.<sup>98</sup>

	Post (1938)	Propaganda (1939)
Rundfunkgebühren	2,00	2,00
Strom (Radio und Licht)	1,50	0,70
Programmzeitschrift	0,40	0,40
Abzahlung DKE (15 Monate)	2,30	
Abschreibung und Unterhaltung DKE		0,50
Zusammen	6,20	3,60

Tab. 3: Kostenberechnungen 1938 bzw. 1939 pro Monat für den Deutschen Kleinempfänger (DKE 1938) (35 RM) durch das Post- und das Propagandaministerium in RM. Quellen: BArch R 4701/20598, Bl. 41; Horst Schaefer, Die wirtschaftlichen Voraussetzungen des Rundfunkempfangs, in: Hans-Joachim Weinbrenner (Hg.), Handbuch des deutschen Rundfunks 1939/40, Heidelberg u.a. 1939, S. 33-41, S. 34

94 Rundfunkarchiv 11, 1938, S. 18.

95 Werner Hensel u. Erich Kessler, 1000 Hörer antworten ... Eine Marktstudie. Für den Funkhandel bearbeitet (Die Telefunken-Buchreihe 1), Berlin u.a. 1935, S. 21.

96 Mitteilungen der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft 421 v. 28.6.1934, Bl. 9 f.

97 Siemens-Mitteilungen 151, 1934, S. 113.

98 Vgl. Uta C. Schmidt (wie Anm. 34), S. 298.

Beide Schätzungen bezogen sich auf den Deutschen Kleinempfänger, also das billigste Gerät überhaupt. Dennoch sind sie nur bedingt kompatibel. Die Schätzung der Post erfasste die Spitzenbelastung von zwölf Monaten, in denen der DKE abbezahlt werden musste. Danach fielen noch Reparaturkosten und Ansparungen für ein neues Gerät an; die monatlichen Kosten dürften um knapp 2 RM gesunken sein. Die Schätzung des Propagandaministeriums legte dagegen die gesamten Kosten auf die Lebensdauer des Geräts um. Unter die bei den Zeitgenossen ziemlich umstrittenen Stromkosten fallen der elektrische Verbrauch des DKE sowie zusätzlicher Lichtstrom.<sup>99</sup> Die Post setzte sie mehr als doppelt so hoch an wie die Propaganda. Beide Rechnungen veranschlagten die billigsten Programmzeitschriften, welche damals 10 Pfennig in der Woche kosteten.<sup>100</sup> Die Nationalsozialisten propagierten das bewusste Hören nach Programm. Ohne Radiozeitschrift war dies schwer zu realisieren, denn die Tagespresse durfte das Programm nur eingeschränkt abdrucken; viele Zeitungen verzichteten völlig darauf. Etwa 60% der Radiobesitzer dürften eine Programmzeitschrift besessen haben. Beide Rechnungen beziehen nicht die für Kauf und Aufstellung der Antenne anfallenden Kosten mit ein. In Städten wurde der Anschluss an eine Gemeinschaftsantenne angestrebt, um Rückkopplungsstörungen zu reduzieren. Hierfür war eine monatliche Gebühr von 50 Pfennig im Gespräch.<sup>101</sup>

Ungeachtet der Differenzen im Detail lassen sich aus den Schätzungen der beiden miteinander konkurrierenden Ministerien dieselben allgemeinen Schlussfolgerungen ziehen. Die Betriebskosten eines Rundfunkgeräts lagen selbst in der Zeit der Spitzenbelastung, in welcher das Gerät abbezahlt wurde, deutlich über den Anschaffungskosten. Die politischen Gemeinschaftsgeräte hatten die Gesamtkosten nur unwesentlich gesenkt und selbst eine – nicht zu erwartende – weitere dramatische Senkung der Gerätepreise hätte das Rundfunkhören nur unwesentlich verbilligt. Die mit viel propagandistischem Getöse auf den Markt gebrachten beiden Volksempfänger erwiesen sich also letztendlich als ungeeignet, um das nationalsozialistische Ziel einer totalen Rundfunkfassung der deutschen „Volksgemeinschaft“ zu erreichen.<sup>102</sup>

99 Vgl. die große Bandbreite der Schätzungen bei: Heinrich Weber, Rundfunk und Elektrizitätsversorgung, in: Archiv für Funkrecht 9, 1936, S. 300-05, hier S. 301; A. Dennhardt, Über den Verbrauch elektrischer Arbeit durch Rundfunkteilnehmer, in: Rundfunkarchiv 11, 1938, S. 145-50, hier S. 149; Der Werbeleiter 9, 1934, S. 143.

100 Thomas Bauer, Deutsche Programmpresse 1923 bis 1941. Entstehung, Entwicklung und Kontinuität der Rundfunkzeitschriften (Rundfunkstudien 6), München u.a. 1993, S. 254-60; vgl. zu den Programmzeitschriften: Seegers (wie Anm. 42).

101 Das Archiv 53, 1938, S. 687.

102 Die hier gezogenen Schlussfolgerungen wurden auch schon in der nationalsozialistischen Zeit angesprochen: Horst Schaefer, Die wirtschaftlichen Voraussetzungen des Rundfunkempfangs, in: Hans-Joachim Weinbrenner (Hg.), Handbuch des deutschen Rundfunks 1939/40, Heidelberg u.a. 1939, S. 33-41.

Den größten Kostenpunkt bildete die monatliche Rundfunkgebühr von 2 RM. Der Wunsch nach einer Gebührensenkung war in der Bevölkerung weit verbreitet.<sup>103</sup> Es gab zwar die Möglichkeit der Gebührenbefreiung, aber nur für Einkommensbezieher in Höhe des Fürsorgesatzes.<sup>104</sup> Die absoluten Zahlen der Befreiungen stiegen während des Dritten Reiches, die relativen gingen – aufgrund der Expansion der Teilnehmerzahlen – zurück und bewegten sich durchschnittlich auf einem Niveau von etwa 10% der gesamten Teilnehmer. Eine generelle Gebührensenkung war zwar vielfach im Gespräch, ließ sich aber aufgrund der Interessenlage der beteiligten Ministerien und der desolaten finanziellen Situation des Reiches letztendlich nicht realisieren. Die Post subventionierte mit den Rundfunkgebühren andere Arbeiten, bei der Propaganda deckten die Gebühren den gesamten Haushalt. Weitere Mittel flossen in den allgemeinen Reichsetat. Gebührensenkungen warfen sofort die Frage auf, wie die Lücken zu schließen und zwischen den beteiligten Ministerien die Lasten zu verteilen seien.

Monatliche Kosten für den Deutschen Kleinempfänger zwischen 3,50 und 6,20 RM muten zunächst niedrig an. Es ist allerdings zu berücksichtigen, dass etwa der Hälfte der deutschen Haushalte nur 160 RM zur Verfügung standen.<sup>105</sup> Eine 1937 vom Arbeitswissenschaftlichen Institut der Deutschen Arbeitsfront und dem Statistischen Reichsamt durchgeführte Haushaltsstichprobe ergab, dass die Haushaltgruppe mit einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 1782,55 RM nur knapp 5 RM im Monat für „Bildung, Unterhaltung und Erholung“ verausgabte. Statistisch fraß also der Rundfunk in dieser Gruppe den gesamten Ausgabenblock auf. Tatsächlich machten die Rundfunkausgaben unter den nämlichen Freizeitausgaben den größten Teil aus, obwohl die überwiegende Zahl der erfassten Haushalte noch kein Gerät besessen haben dürfte. Die hier skizzierte statistische Relation zwischen Einkommen und Rundfunkkosten verdeutlicht, dass etwa die Hälfte der deutschen Haushalte sich ein Rundfunkgerät nur aufgrund von Konsumeinschränkungen an anderer Stelle leisten konnte.

### **Gemeinschaftsempfang – Ausweg aus den Schwierigkeiten des Individualempfangs?**

Die angestrebte Verbreitung des Rundfunks in sämtliche Haushaltungen sollte die Konsum- und Unterhaltungsbedürfnisse der Bevölkerung erfüllen und diese damit an das Regime binden. Die anfänglich dominierende propagandistische Funktion des Rundfunks trat in den Hintergrund. Die nationalsozialistische Rundfunkführung war sich wohl bewusst, dass der Individual- oder

103 Vgl. Lisa Peck, Die Frau und der Rundfunk – in Zahlen!, in: Rufer und Hörer 4, 1934, H. 2, S. 65-74, S. 69 f.

104 Pohle (wie Anm. 11), S. 267 f.; Uta C. Schmidt (wie Anm. 34), S. 299 ff.

105 Schaefer (wie Anm. 102), S. 35-38; vgl. Nationalsozialistische Rundfunk-Korrespondenz 3, 1939, 4.10., S. 5 f.

Familialempfang nur sehr bedingt zu kontrollieren war. Der politischen Propaganda konnten sich die Hörer entziehen, indem sie zu anderen – eventuell ausländischen – Sendern flüchteten oder den Ausschaltknopf betätigten. Bei dieser Situation mutet es als Akt der Hilflosigkeit an, wenn die Parteipresse betonte, dass der Hörer mit der Zahlung der Rundfunkgebühren nicht etwa das Recht erwerbe, sich durch den Rundfunk berieseln zu lassen, sondern „vielmehr damit die Pflicht der Verwaltung eines der wichtigsten Propagandainstrumente seines Volkes“ auf sich nehme.<sup>106</sup> Hierzu gehöre, dass er an nationalen Feiertagen „Fenster und Türen öffnet, daß alle Nachbarn an dem Geschehen teilhaben können, denen der Erwerb einer eigenen Rundfunkanlage noch nicht möglich ist. Wenn dann durch unsachgemäße Behandlung des Lautsprechers oder des Apparates die Rede des Führers zu einem miß-tönenden, knarrenden, unverständlichen Geräusch wird, dann vergeht sich dieser Rundfunkhörer gegenüber dem Volksganzen.“

In solchen Äußerungen kam zweierlei zum Ausdruck: der Wunsch, den unzureichend verbreiteten Rundfunk optimal zu nutzen, und eine anti-individualistische Gemeinschaftsideologie. Die Nationalsozialisten erhoben den Anspruch, den liberalistischen Individualismus durch die „Volksgemeinschaft“ zu ersetzen. In seiner Ansprache an die Intendanten und Direktoren der Rundfunkgesellschaften am 25.3.1933 erklärte Goebbels:<sup>107</sup> „Am 30. Januar ist endgültig die Zeit des Individualismus gestorben. ... Das Einzelindividuum wird ersetzt durch die Gemeinschaft des Volkes.“ Einerseits erschien der Rundfunk-Individualempfang unumgebar und auf anderem Weg den nationalsozialistischen Zielen förderlich. Andererseits war es konsequent, den Gemeinschaftsempfang als höherwertiger einzustufen. Dies führte zu schon skurrilen geistigen Verrenkungen. So investierte Eugen Hadamovsky viele Worte, um zu begründen, dass auch in den Haushalten immer die Gemeinschaft, immer das Volk am Radioapparat sitze.<sup>108</sup>

Gemeinschaftsempfang – als Kollektivempfang der deutschen Bevölkerung – war vorgesehen bei herausgehobenen Ereignissen, insbesondere bei wichtigen Reden Adolf Hitlers. Hierfür wurden an zentralen Orten Empfangsanlagen und Lautsprecher aufgebaut. Darüber hinaus sollten alle vorhandenen Radioapparate eingeschaltet werden. In staatlichen Einrichtungen wie Behörden, Schulen und Staatsbetrieben sowie für Parteiorganisationen wurde er angeordnet. Privaten Einrichtungen wie Betrieben und Gaststätten wurde Gemeinschaftsempfang nahegelegt. Dies ging nicht ohne Probleme ab. Die Tonreichweite der vorhandenen Radioanlagen war noch sehr begrenzt. Auch wird berichtet, dass die Passanten und Besucher den Übertragungen häufig

106 Nationalsozialistische Rundfunk-Korrespondenz 1, 1937, 25.8., Bl. 11.

107 Helmut Heiber (Hg.), Goebbels-Reden, 2 Bde., Düsseldorf 1971-72, Bd. 1, S. 82.

108 Mitteilungen der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft 500, 1936, Bl. 6 f.; vgl. Diller (wie Anm. 14), S. 153; Pohle (wie Anm. 11), S. 274 f.; Uta C. Schmidt (wie Anm. 34), S. 335.

nicht die gebührende Beachtung schenkten.<sup>109</sup> Das Streben nach bürokratischem Perfektionismus veranlasste die Reichspropagandaleitung der NSDAP, in einer Dienstvorschrift die feinere Unterscheidung zwischen Hausempfang, Gemeinschaftsempfang und Volksempfang zu treffen.<sup>110</sup> Die Parole „Hausempfang“ forderte die Parteimitglieder zum Radiohören in den eigenen vier Wänden auf. Der „Gemeinschaftsempfang“ zielte auf einzelne Berufs- oder Interessengruppen bzw. einzelne Gaue. Der „Volksempfang“ sollte die gesamte „Volksgemeinschaft“ erreichen.

Für das Ziel der totalen Rundfunkerfassung der deutschen „Volksgemeinschaft“ fehlten jedoch die technischen Voraussetzungen. Seit der Mitte der 1930er Jahre entwickelten die nationalsozialistischen Organisationen hierfür ein Konzept, welches aus drei Elementen bestand: dem Betriebsrundfunk, den Reichs-Lautsprecher Säulen in den Städten und dem Gemeinderundfunk in den kleinen Orten. Für die Betriebe fühlte sich die Deutsche Arbeitsfront zuständig.<sup>111</sup> 1934 forderte sie die Radiohersteller auf, ein für größere Räume geeignetes Gerät höchster Klanggüte und großer Ausgangsleistung zu schaffen. Den Zuschlag erhielten die Firmen Telefunken und Seibt. Der von ihnen entwickelte und Ende 1935 auf den Markt gebrachte „Arbeitsfront-Empfänger DAF 1011“ kostete ohne Lautsprecher an die 300 RM und war in mehreren Leistungsstufen erhältlich. Die Bezeichnung DAF 1011 erinnerte an eine am 10. November 1933 gehaltene Rede Hitlers in den Berliner Siemens-Werken. Der DAF 1011 war dafür gedacht, Gemeinschafts- bzw. Volksempfang in den Betrieben zu gewährleisten, d.h. vor allem Reden Hitlers anlässlich nationaler Feiern zu übertragen. Mit der Zeit entdeckte man, dass man den Empfänger vielfältig nutzen konnte.<sup>112</sup> Musik während der Pausen oder sogar bei der Arbeit sollte die Belegschaft motivieren. Die Betriebsleitung verwandte den DAF 1011 für Durchsagen. Im Krieg übertrug man die Wehrmachts- und Sondermeldungen oder gab über den Arbeitsfront-Empfänger Luftalarm.

Die Parole der DAF für die Verbreitung ihres Empfängers lautete „Rundfunk in alle Betriebe“. Tatsächlich nahm man alle Betriebe mit mehr als 20 Mitarbeitern ins Visier.<sup>113</sup> Doch dauerte es bis kurz vor den Krieg, dass die erste Serie von 10.000 Apparaten verkauft war;<sup>114</sup> eine zweite wurde nicht mehr

109 Vgl. Art. „Gemeinschaftsempfang“, in: Schmitz-Berning (wie Anm. 42), S. 262.

110 Nationalsozialistische Rundfunk-Korrespondenz 1, 1937, 1.9., Bl. 7 f.; vgl. Der Rundfunk 1, 1937/38, S. 421-23.

111 Zum DAF 1011: Pohle (wie Anm. 11), S. 257 u. 268-72; Holtschmidt (wie Anm. 39), S. 82-91; Der Deutsche Sender v. 16.8. 1935, S. 2 f.; Funktechnischer Vorwärts 5, 1935, Gruppe I, S. 52-56 u. 8 (1938), S. 69 f.

112 Monatshefte für NS-Sozialpolitik 9, 1942, S. 118 f.

113 Der Angriff 10, 1936, 25.8., S. 10.

114 Die Deutsche Volkswirtschaft 7, 1938, S. 1185; Rundfunkarchiv 12, 1939, S. 362. Bei Hadamovskys Behauptung, innerhalb von 8 Monaten seien nahezu 9300 Exemplare verkauft worden, handelte es sich um eine Propagandalüge (BArch R 58/752, Rede v. 20.8.1936, S. 8).

aufgelegt. Damit blieb man weit hinter den Erwartungen zurück.<sup>115</sup> Es ist zu vermuten, dass besonders mittelständische Betriebe die Forderung der DAF ignorierten.

Den städtischen öffentlichen Raum wollten die Nationalsozialisten mit einem Netz von fest installierten „Reichs-Lautsprechersäulen“ abdecken.<sup>116</sup> Aus einem von Generalbauinspektor Albert Speer (1905-1981) und dem Propagandaministerium initiierten Preisausschreiben gingen 1938 zwei Typen hervor. Die größeren sechseckigen beleuchteten Säulen besaßen zu vermietende Werbeflächen und trugen oben eine Uhr. Kleinere Säulen hatten die Form eines Pilzes. Für die Reichs-Lautsprechersäulen war die Reichspropagandaleitung der NSDAP zuständig, welche wiederum auf regionale und lokale Parteistellen zurückgriff. Sie sollten reichsweit, regional oder lokal betrieben werden. Bei der Indienststellung der ersten Säulen pries sie Staatssekretär Karl Hanke (1903–1945) vom Propagandaministerium als „Ausdruck einer demokratischen Volksführung im besten Sinne, bei der die ständige direkte Verbindung zwischen Gefolgschaft und Führung, zwischen Volk und Regierung zu einem der Hauptelemente volklichen und staatlichen Lebens gehöre“.<sup>117</sup> Als Anwendung zählte er auch die Befehlsausgabe bei Luftschutzübungen auf. Aus Anlass des Deutschen Turn- und Sportfestes wurden in Breslau im Juni 1938 die ersten gut 100 Säulen in Betrieb genommen. Breslau verdankte die Ehre wohl auch dem Faktum, dass Hans Kriegler (1905-1978), der frühere Breslauer Rundfunkintendant, gerade als Nachfolger von Dreßler-Andres Leiter der Rundfunkabteilung im Propagandaministerium und Präsident der Rundfunkkammer war. Breslau sollte nur den Anfang bilden. Innerhalb von sechs Jahren wollte man mit insgesamt 6600 Säulen alle deutschen Städte mit mehr als 12.000 Einwohnern abdecken. Doch daraus wurde nichts; die Breslauer Säulen blieben die einzigen.

Die kleineren 40.000 Gemeinden mit 200 bis 12.000 Einwohnern sollte der „Gemeinderundfunk“ bedienen.<sup>118</sup> Die Anfänge dieser Planungen lagen darin, dass sich Gemeinden für den Gemeinschaftsempfang Übertragungsan-

115 Der Angriff 10, 1936, 25.8., S. 10; H. G. Pridat-Guzatis, Wirtschaft und Rundfunk, in: Welt-Rundfunk. Beilage zur Zeitschrift für Geopolitik 14, 1937, S. 691-95, hier S. 693.

116 Zu den Reichs-Lautsprechersäulen: Pohle (wie Anm. 11), S. 272; Gerhart Eckert, Der Rundfunk als Führungsmittel (Studien zum Weltrundfunk und Fernsehrundfunk 1), Heidelberg u. a. 1941, S. 223 f.; N.S.-Funk 6, 1938, 20.2., S. 45 u. 3.7., S. 6; Das Archiv 47, 1938, S. 1395 f. u. 51 (1938), S. 321-23; Nationalsozialistische Rundfunk-Korrespondenz v. 22.6.1938, S. 1-4 u. 29.6.1938, S. 3; Hans Bohrmann u. Gabriele Toepser-Ziegert (Hg.), NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation, 7 Bde., München u.a. 1984-2001, Bd. 6, S. 141, 587 u. 591.

117 N.S.-Funk v. 3.7.1938, S. 6; vgl. Rundschau Deutscher Technik 18, 1938, Nr. 28, S. 1 f.

118 Zum Gemeinderundfunk: Bertram Cappel, Entwicklung und Ziele des Gemeinde-Rundfunks im nationalsozialistischen Staat, in: Archiv für Funkrecht 9, 1936, S. 66-72; Nationalsozialistische Rundfunk-Korrespondenz v. 2.2.1938, S. 10 f., 31.8.1938, S. 10 u. 14.9.1938, S. 12; N.S.-Funk 6, 1938, 11.9., S. 46.

lagen anschafften. So sollen in Baden 1935 400 von 1600 Gemeinden technische Einrichtungen für Gemeinschaftsempfang besessen haben.<sup>119</sup> Anlässlich der in Berlin 1936 abgehaltenen Deutschen Gemeinde-Ausstellung rief Innenminister Wilhelm Frick (1877–1946) alle Gemeinden auf, solchen Beispielen zu folgen.<sup>120</sup> Der Aufruf fand die Unterstützung der politischen Rundfunkführung sowie des Präsidenten des Deutschen Gemeindetages. Die Planungen gingen dahin, mit einheitlicher Organisation, ausgebildeten Kräften und standardisierter Ausrüstung die Kosten zu senken. Gewissermaßen ein Probelauf erfolgte 1937/38 im Gau Kurmark.<sup>121</sup> Ein neues in mehreren Größenklassen gebautes Gemeinschaftsgerät „Kurmark“ bildete den Kern des Empfangssystems. Ein eigens gegründeter Gemeinderundfunk-Verband begann 1938 mit der Auslieferung der ersten Anlagen.<sup>122</sup> Die insgesamt erforderlichen Investitionen wurden auf 40 Millionen RM geschätzt. Angaben, wie weit das Unternehmen gedieh, liegen nicht vor. Doch dürfte das Ausbleiben von Erfolgsmeldungen wohl eher so zu interpretieren sein, dass von den Planungen nur wenig umgesetzt wurde.

Tendenziell liefen die nationalsozialistischen Visionen und Maßnahmen auf ein zweigleisiges Rundfunksystem hinaus, bestehend aus Individualempfang in der Privatwohnung und Gemeinschaftsempfang im öffentlichen Raum. Die beiden Empfangsarten dienten unterschiedlichen Zielen und verhielten sich gemäß den nationalsozialistischen Vorstellungen komplementär. Für den Individualempfang war ein Unterhaltungsrundfunk vorgesehen, welcher „möglichst von allen politischen Übertragungen usw. frei gehalten werden“ sollte.<sup>123</sup> Der Gemeinschaftsempfang verfolgte dagegen explizit politisch-propagandistische Zwecke. Betriebsrundfunk, Reichs-Lautsprechersäulen und Gemeinderundfunk bildeten die technische Basis für den totalen Zugriff auf die „Volksgemeinschaft“. Sie sollten gewissermaßen aus dem ganzen Reich ein gigantisches Parteitagsgelände machen, auf dem Hitler und seine Paladine ihre suggestiven Parolen verbreiten und ihre Befehle erteilen konnten. Der Individualempfang erlebte einen beträchtlichen Ausbau, ohne dass die angestrebte totale Rundfunkverbreitung erreicht wurde. Die gigantischen Planungen für den Gemeinschaftsempfang wurden nur in Ansätzen realisiert.

Anschrift des Verfassers: Prof. Dr. Wolfgang König, Technische Universität Berlin, Ernst-Reuter-Platz 7, D-10587 Berlin, E-mail: wolfgang.koenig@tu-berlin.de

---

119 Archiv für Funkrecht 8, 1935, S. 161, 223 u. 265.

120 Mitteilungen der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft 498 v. 16.6.1936, S. 6 f.; Archiv für Funkrecht 9, 1936, S. 65 f., 196 ff. u. 218.

121 A. H. Scherer, Der Gemeinderundfunk, in: Rundfunkarchiv 11, 1938, S. 56-58.

122 Nationalsozialistische Rundfunk-Korrespondenz v. 14.9.1938, S. 12; Funktechnischer Vorwärts 8, 1938, S. 101 f. u. 515-17.

123 Nationalsozialistische Rundfunk-Korrespondenz v. 16.2.1938, S. 12.